

Bezugspreis:
Vierteljahr 36.— M., monatl. 12.— M.
frei ins Haus, wozu zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.— M., ein-
zelne Ausgaben 2.— M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rußland 22.— M. für
das übrige Ausland 26.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Rußland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll und Fein“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neuangelegte Kompartiments-
liste 6.— M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 2.— M. (zu-
wählig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellungs-
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
0.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen (für Adressanten Zeile 3.50 M.)
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsaufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moriaplan 15195-97
Expedition Moriaplan 11753-54

Freitag, den 14. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moriaplan 11753-54

An die werktätige Bevölkerung Groß-Berlins!

Am Sonntag, den 16. Oktober, soll es sich entscheiden, ob in der Stadtverordnetenversammlung eine bürgerliche oder sozialistische Mehrheit über das Schicksal der Viermillionenstadt Berlin bestimmen soll.

Für die werktätige Bevölkerung, die unter Mühen und Sorgen um das nackte Leben ringt, für alle Lohn- und Gehaltsempfänger kann die Entscheidung nicht schwer sein. Für sie gibt es nur eine Wahl:

Am 16. Oktober muß aus der Wahl eine sozialistische Mehrheit emporsteigen.

Das gesamte Bürgertum bis zum Großindustriellen, zum Großkaufmann und Bankier, die Hausagrarien und die ganze alte reaktionäre Bureaucratie stehen geschlossen im Kampf gegen den Sozialismus.

Dieser Einheitsfront des Bürgertums, das mit ungeheuren finanziellen Mitteln, mit Lug, Trug und Verleumdung arbeitet, muß

die Einheitsfront der Werktätigen

entgegengestellt werden.

Das Bürgertum, das über Mißwirtschaft in der Stadtverwaltung schreit, verschweigt wohlweislich, daß es ein Defizit von über 4 Milliarden

den Sozialisten hinterlassen hat. Die finanziellen Schwierigkeiten der Stadt sollen also

auf das Schuldkonto der früheren bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament.

Die sozialistische Mehrheit war gezwungen, eine vollständig bankrotte Wirtschaft, eine Folge des Krieges und des politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs, zu übernehmen; sie hat aber nach besten Kräften versucht,

diese Sünden des Bürgertums

wieder gutzumachen.

Gute Ansätze dazu waren bereits vorhanden, als die bürgerlichen Parteien in ihrem Nachhunger

die Auflösung des Stadtparlaments

betrieben, in der Hoffnung, ihre Herrschaft über das werktätige Volk wieder aufzurichten.

Die organisierte Berliner Arbeiterschaft kann und darf es nicht dulden, daß die bürgerlichen Parteien je wieder zu unumschränkter Herrschaft über das Proletariat gelangen. Nicht bürgerlich rückständig, sondern sozialistisch weitbildende Politik muß im Stadtparlament betrieben werden.

Nur der Sozialismus führt vorwärts und aufwärts!

Jugendschutz, Jugendpflege und Jugend-
erziehung muß den reaktionären Gewalten entrissen werden.

Die Fürsorge für die Erwerbslosen, Schwachen und Kranken ruht am sichersten in den Händen von Vertretern des werktätigen Volkes, von überzeugten Sozialisten.

Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien läuft darauf hinaus, die breiten Massen des werktätigen Volkes zu belasten und die Reichen und finanziell Starken zu schonen.

Die Wohnungsnot mit allen ihren üblen Begleiterscheinungen in moralischer, sozialer und hygienischer Hinsicht schreit zum Himmel. Nur mit Mitteln, die zur

Gemeinwirtschaft

führen, kann die Wohnungsnot behoben werden.

Eine gesunde Lohnpolitik in den städtischen Betrieben, denn die Stadt Berlin ist der größte Arbeitgeber, ist nur von einer sozialistischen Mehrheit zu erwarten.

Auf allen Gebieten der Kommunalpolitik muß der sozialistische Geist herrschen, wenn die werktätige Bevölkerung Berlins gegen die reaktionäre Unterdrückung und Belastung geschützt werden soll.

Darum rufen wir die organisierte Arbeiterschaft Berlins, die Männer und Frauen des werktätigen Volkes auf,

am 16. Oktober nur den sozialistischen Parteien ihre Stimme zu geben.

Die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre haben die Pflicht, in den Betrieben ihre Kollegen und Kolleginnen auf die Bedeutung dieser Wahl hinzuweisen und es ihnen zur Pflicht zu machen, ihr Stimmrecht auszuüben.

Organisierte Arbeitnehmer, die von der Wahl fernbleiben, begehen gewerkschaftlichen Disziplinbruch und damit Verrat an den Interessen ihrer Klasse.

Das sozialistische Berlin muß auch am 16. Oktober den Sieg davontragen, und dieser Sieg ist uns sicher, wenn Männer und Frauen des Proletariats ihre Pflicht tun.

Wenn ja, so gilt bei dieser Wahl der Grundsatz:

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Der Ausschuß

der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend:
Sabath. Vollmerhaus.

Sozialdemokratischer Aufbau.

Zu den Kommunalwahlen am 16. Oktober.

Von Carl Bermuth.

Je näher der Termin der Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen heranrückt, desto unverhüllter zeigen sich die bürgerlichen Parteien im Kampf gegen die alte Stadtverordnetenmehrheit. Dieser Wahlkampf enthüllt sich uns in seinen Einzelerscheinungen als ein gewaltiges Ringen zweier streng geschiedener Gruppen: hier Besitzende, deren Ideologie und ausgeprägtes Klasseninteresse in der kapitalistischen Weltanschauung wurzelt, dort die werktätigen Schichten, auf deren Schultern die Schwere der Zeit lastet und die einer besseren Zukunft die Wege ebnet wollen.

Dieses Ringen nach neuer Gestaltung der geistigen und wirtschaftlichen Verhältnisse kann in seiner Bedeutung nicht herabgemindert werden, auch wenn unsere kommunistischen Phantasten durch ihre politischen Harlekinaden den bürgerlichen Parteien eine billige Gelegenheit zur demagogischen Wahlmache geben. Den kommunistischen Phantastereien mag hin und wieder noch der ehrliche Wille zugrunde liegen, während die v. Egnern, Dr. Steiniger und Genossen in ihrer Bekämpfung der von der sozialdemokratischen Fraktion betriebenen Politik bewußt ein frevelhaftes Spiel treiben. Denn daran, daß die wirtschaftliche und finanzielle Misere, unter welcher nicht allein das mit einer sozialistischen Verwaltung versehene Berlin leidet, auf das Konto der Sozialdemokratie zu setzen ist, glauben diese eingefleischten Vertreter deutschen Größenwahnsinns wahrlich selbst nicht. Und bei erster Selbstscheck, zu welcher doch gerade abgestempelte Facheute der Verwaltung fähig sein sollten, müßten die Gegner der sozialistischen Mehrheit eingestehen, daß die letztere sich unter der Ungunst der Verhältnisse sehr wacker gehalten hat. Aber gerade die Tatsache, daß bereits nach knapper Jahresfrist der Beweis für den unbefriedigten Erfolg sozialistischer Verwaltungsarbeit erbracht ist, stachelt unsere Gegner zu immer schärferem Kampfe an.

Nicht eine Gefundung und Erstarkung der neuen Einheitsgemeinde liegt ihnen am Herzen, sondern der Kampf gegen das Prinzip des kommunalen Sozialismus. Der Zerstoßung dieses Prinzips opfern jene Helden — wenn es sein muß — die Wohlthat von Hunderttausenden ihrer Mitbürger. Diese Wahl selbst ist ein sprechender Beweis für die unverhüllten Absichten der Gegner.

In treffender Weise hat in der letzten Nummer der „Kommunalen Praxis“ vom 8. Oktober Genosse Victor Noack darauf verwiesen, wie die Deutsche Volkspartei aus reinem Parteigoismus nur einen formalen Fehler einiger Wahlvorsätze zum Anlaß nahm, die Ungültigkeit der Wahlen vom Juni vorigen Jahres im Verwaltungsstreitverfahren zu betreiben, obwohl sie durch die Wiedergutmachung dieses Fehlers auch nicht den geringsten politischen Nachteil erlitten hätte. Die um das Wohl ihrer Mitbürger so schwer ringende sozialistische Verwaltung wurde gerade durch diese überflüssige Wahl in dem Wiederaufbau der Verwaltung aufs nachteiligste unterbrochen. Denn wer es weiß, was ein solcher Wahlkampf nicht allein für Geld verschlingt, sondern auch für eine Unsumme von Arbeit in der Verwaltung erfordert, muß in diesem volksparteilichen Werk die klare Absicht mutwilliger Störung der planmäßigen Verwaltungsarbeit und gewollte Schädigung der Allgemeinheit erblicken.

Wenn die um ihre Existenz schwer kämpfende städtische Arbeiterschaft eine Erhöhung ihrer Löhne fordert und erhält, zetert die bürgerliche Korona über die Mißwirtschaft des sozialistischen Magistrats, die Schädigung der Stadtgemeinde aber um Millionen erscheint den bürgerlichen Parteien als rettende Tat.

Die Kreditfähigkeit Berlins, die noch vor Jahresfrist in bedenklicher Weise gefährdet galt, ist nicht zuletzt infolge des ernstlichen Bestrebens der in den städtischen Werken tätigen Arbeiter und Angestellten im Dienste der Allgemeinheit gebessert worden, sie wird indessen wieder vollständig vernichtet, wenn die bürgerlichen Parteien fortfahren, den Aufbau der Verwaltung und die Gesundung der Wirtschaftsbetriebe durch ihre strupellosen Wahlmanöver zu stören. Alle ihre Argumente, mit denen die Feinde des sozialistischen Berlins jetzt vor die Wählerschaft treten, erweisen sich nur als bewußte Täuschung uneingeweihter Wählergenossen.

Es kann weder der Einwand, daß Berlin von unfähigen Männern verwaltet werde, noch daß die kommunalen Betriebe unrentabel arbeiten, mit Tatsachenmaterial erhärtet werden. Denn daß die gegenwärtig in den verschiedensten Dezernaten amtierenden Stadträte ein größeres Maß sachlicher Eignung aufweisen als ihre Herren Vorgänger, ist erst in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ vom 8. Oktober dem deutschen nationalen „Lokalanzeiger“ klar zum Bewußtsein gebracht worden. Kein auch nur oberflächlich mit der städtischen Verwaltung vertrauter Sozialist wird die Notwendigkeit bestimmter Fachdezernenten und das Vorhandensein des juristischen Elements in der Verwaltung bestritten wollen, aber daß eine ganze Anzahl von Verwaltungszweigen besser mit Männern der Praxis besetzt werden kann, hat die Erfahrung

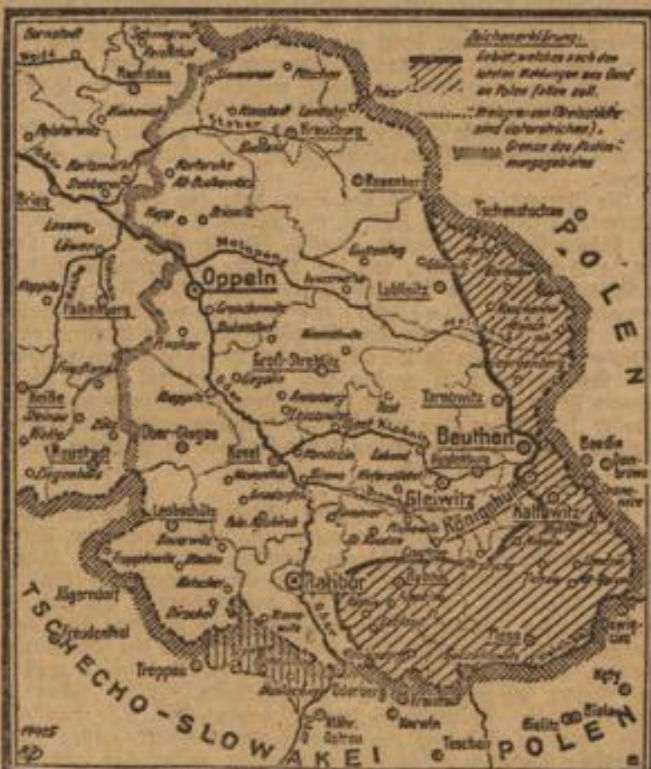
Balfours Bericht.

London, 13. Oktober. (WIB.) Die Reuter erfährt, meldet ein vormittags von Balfour aus Genf eingegangenes Telegramm, daß der Völkerbundrat die Empfehlungen des Ausschusses über Oberschlesien angenommen hat, deren Text den Alliierten mitgeteilt wird. Man hält es nicht für wahrscheinlich, daß eine besondere Zusammenkunft des Obersten Rates stattfinden wird, aber über diesen Punkt wird vor der Prüfung des vorgeschlagenen Textes noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden. Die Angaben über die Empfehlungen besagen, daß der Völkerbund eine sehr faire Lösung getroffen zu haben scheint, indem er das Gebiet gemäß dem Ergebnis der Volksabstimmung teilte, während anscheinend wirtschaftliche Vereinbarungen getroffen wurden, um die wirtschaftliche Wohlfahrt der in Frage kommenden Gebiete zu gewährleisten. Die Schlüsselrolle der alliierten Regierungen muß bis zum Erhalt des Textes abgewartet werden, doch muß daran erinnert werden, daß die Mächte sich verpflichtet haben, die Entscheidung anzunehmen. Dies schließt durchaus nicht die Möglichkeit aus, daß einer oder alle alliierten Bemerkungen dazu vorbringen, sobald die Entscheidung bekanntgegeben ist; es wird erwartet, daß Deutschland und Polen sie vollkommen und loyal annehmen. Der Oberste Rat wird sich nicht im geringsten durch irgendeinen Versuch der einen oder anderen Seite, Änderungen zu erhalten, in seiner Haltung beirren lassen.

Soweit das vorstehende Telegramm über die Mitteilung vom Eintreffen des Balfourschen Berichts hinausgeht, scheint es die Meinung des Reuterschen Bureaus wiederzugeben, hinter der allerdings höhere Instanzen stehen können.

Paris, 13. Oktober. (TL.) Der Kurier des Völkerbundes, der das Gutachten des Völkerbundsrats überbrachte, ist heute vormittags in Paris eingetroffen. Er hat sofort dem Generalsekretariat des Ministeriums des Auswärtigen das Dokument übergeben. Brand hat als Präsident des Obersten Rates das Gutachten sofort an die alliierten Regierungen weitergegeben. Das Dokument umfaßt ein Bescheidendes und ein Vorwort. Das Vorwort erläutert, in welcher Art und Weise der Völkerbundrat gearbeitet hat, und es enthält die Gründe und Dokumente, auf die der Rat sich bei der Festsetzung der Grenzen stützt hat. Schließlich zählt es die Gründe auf, weshalb der Rat die Einteilung eines Wirtschaftskreises vorschlägt.

Die Interalliierte Kommission in Oberschlesien erläßt einen eindringlichen Aufruf, die Ruhe zu bewahren wie einst bei der Volksabstimmung. Sie kindigt alle Energie gegen Ruhestörungen an.



Die gestrige Mitteilung des Völkerbundssekretariats bestätigt trotz deren unbestimmter Form und obgleich alle Angaben über die Grenzlinie vermieden werden, die bisher veröffentlichten Meldungen. Einzelheiten über die Grenzlinie lassen sich unmittelbar aus den Mitteilungen über die wirtschaftlichen Abmachungen herauslesen. So kann es sich bei Abmachungen über die Eisenbahnfrage nur um die Bestimmung über die Eisenbahndirektion handeln, die sich bekanntlich in Katowitz befindet, das nach den bisher bekannten Meldungen Polen zufallen soll. Die Bemerkung über die Wasserversorgung gilt dem östlichen Teil des Kreises Tarnowitz. Angaben über die Elektrizitätsversorgung dem Orte Chorzow, der zwischen Katowitz und Königshütte liegt, und die Einzelheiten über die Zink- und Kohlenproduktion ergreifen von neuem auf Katowitz und vielleicht auch auf den östlichen Teil des Kreises Beuthen.

hinlänglich gezeigt. Heute schon muß gesagt werden, daß eine noch stärkere Beförderung der Arbeiter in der Wohlfahrtspflege, der Erwerbstätigenfürsorge, der Jugendpflege, der Hinterbliebenenfürsorge usw. mit Frauen und Männern, welche neben den erforderlichen Kenntnissen auch eine reiche Erfahrung im Leben erworben haben, durchaus notwendig ist.

Die Arbeiterklasse erkennt den Nutzen, der ihr aus der Durchdringung der Verwaltung mit ihren Klassengenossen erwächst, wenn auch momentan die trostlosen Verhältnisse eine völlige Auswertung dieser Veränderung nicht in die Erscheinung treten lassen. Und von den in den kommunalen Betrieben tätigen Angestellten und Arbeitern muß anerkennend gesagt werden, daß sie sich in steigendem Maße als Förderer der Allgemeininteressen fühlen. Sie würden sich aber mit ganzer Kraft wehren, wenn etwa die Feinde der sozialen Entwicklung die Betriebe wieder kapitalistisch orientieren wollten. Ein Sieg des Bürgertums am 16. Oktober müßte daher die schwersten Erschütterungen der Wirtschaftskraft Berlins und damit den völligen finanziellen Zusammenbruch im Gefolge haben. Die wertvolle Bevölkerung ist bereit, mit doppelter Energie die Gesundung der Einheitsgemeinde herbeiführen zu helfen, weil sie nur auf diese Weise eine Basis der sozialen Entwicklung erhält.

Diesem Streben galt die bisherige Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Ihre Stärkung für das neue Gemeindefortentwicklung Berlins zum Gemeindefortentwicklung, während eine bürgerliche Mehrheit zum Betriebs- und Verwaltungskapitalismus und zum Zusammenbruch der Einheitsgemeinde führt.

Unternehmer gegen Ausfuhrabgabe.

Als im vorigen Jahre die Baluta rapide sank, befand sich die Industrie in einer ähstlichen Lage wie heute. Der Unterschied zwischen den Erzeugungskosten und dem am Weltmarkt erzielten Preis lag außerordentlich stark und brachte der Warenausfuhr riesige Gewinne. Die Löhne waren im Verhältnis zum Weltmarkt sehr gering. Man beschloß, durch eine soziale Ausfuhrabgabe einen Teil dieser Exportgewinne der Allgemeinheit wieder zuzuführen, die durch die Verteuerung der Lebensmittel infolge des Balutasturzes schwer getroffen war.

Die Ausfuhrabgabe, deren Sätze stark abgebaut worden sind, hat längst aufgehört, sozial zu sein. Das Reichsfinanzministerium verbuchte sie als Reicheinkommen, und die Entente beschlagnahmte sie mit den übrigen Zöllen zugunsten der Reparationsabgaben. Aber die wachsende Not des Reichs blieb, und wieder sind es die Reichsfinanzen und die Allgemeinheit, die von dem neuen Balutasturz auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen werden, während Exportindustrie und Exporthandel verdienen.

Was lag näher, als daß das Reich, das 26 Proz. der Ausfuhr als veränderliche Wiedergutmachungsrate aufbringen muß, seinerseits die Ausfuhrabgabe im Anblich der ungeheuren Gewinne, die die Industrie heute macht, erhöhte. Innerhalb weniger Monate ist der Dollar von 60 auf 140 gestiegen. Die Exportgewinne gehen oft sogar über 50 Proz. der Rechnung hinaus. Gleichwohl werden die deutschen Waren noch verschleudert; sie überschwemmen die fremden Märkte und veranlassen die Auslandsstaaten zu Schutzmaßnahmen mit der Wirkung, daß das deutsche Volk noch fremde Staatsfäden über die Reparationszahlungen hinaus füllen hilft.

Hätten wir eine Industrie und einen Handel, der sich seiner Pflichten gegen den Staat bewußt wäre, so hätte dieser längst von selbst eine erhöhte Exportabgabe anraten müssen. Statt dessen haben jetzt die Unternehmervertreter des Handels und der Industrie sich im Reichswirtschaftsrat dagegen gewandt, daß selbst eine bescheidene Erhöhung der Ausfuhrabgabe um durchschnittlich knapp 5 Proz. des Warenwertes

in Kraft gesetzt wird. Dieses Verhalten ist mehr als merkwürdig. Als im vorigen Jahre die soziale Ausfuhrabgabe in Kraft gesetzt wurde, konnte man in Unternehmungskreisen vielfach das Urteil hören, sie sei gut gedacht, aber zu spät in Geltung gebracht worden. Jetzt, wo die Zeit zu raschem Handeln gegeben ist, wird die Sache hinausgezögert.

Die Regierung darf sich von diesen Troibereiten nicht beirren lassen. Wenn sie die Gewinne erfassen will, wo sie offen zutage liegen, muß sie es jetzt beim Export tun. Weigern sich die Unternehmer, daran mitzuwirken, so muß sie — das ist dringend zu fordern — von ihrem Recht Gebrauch machen, selbst ohne Befragung des Parlaments die Ausfuhrabgabe zu erhöhen und sich damit die Einnahmen zu sichern, deren sie jetzt dringend als je bedarf, um die Finanznot auch nur in bescheidenstem Umfang zu mildern.

Gewerkschaften gegen Kartoffelwucher.

Die Bewegung gegen den Kartoffelwucher, die vor einigen Tagen mit den Hilferufen der Verbraucher-Bünde und den Beschwerden aus den Kreisen der Gewerkschaften an die Regierungsstellen einsetzte, nimmt einen immer größeren Umfang an. Die Gewerkschaften beabsichtigen, den Kampf gegen die Auswucherung der wertvollen Bevölkerung bei der Beschaffung des wichtigsten Nahrungsmittels, der Kartoffel, besonders tatkräftig zu fördern. Der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat beschloffen, drei Vertreter zum Reichsernährungsminister zu entsenden, um zu erfahren, welche Maßnahmen das Reichsernährungsministerium gegen den Kartoffelwucher treffen will.

Vorspiel der Reichstagsdebatte.

Regierung und Parteien im Kellertenausschuh.

Die gestrige Beratung des Kellertenausschusses gestaltete sich zu einer interessanten politischen Aussprache. Nachdem die Deutschenationalen ihren Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags begründet hatten, formulierten die Unabhängigen ihren Standpunkt dahin: Wenn jetzt die Einberufung erfolge, müsse abgerechnet werden mit den Kabinettsstürzern von rechts, die die oberste Stelle mit einem Kesseltreiben gegen den Reichskanzler betrieb. Auch über das Treiben der obersteherischen Freikorps müsse ein ernstes Wort geredet werden. Die Reichsregierung müsse aber auf alle Fälle jetzt im Amte bleiben und ihre Verantwortung vor dem Reichstag tragen, der allein berufen sei, über ihr Schicksal zu entscheiden.

Hierauf erklärte der Reichskanzler: Die Regierung sei einmütig der Auffassung, daß sie jetzt ihren Rücktritt nicht beschließen dürfe, denn in Krisenzeiten wie den gegenwärtigen müsse eine aktionsfähige Regierung vorhanden sein. Frühere Erfahrungen hätten gelehrt, daß auswärtige Krisen nur verschlimmert werden, wenn keine aktionsfähige Regierung vorhanden sei. Deshalb bleibe die Regierung im Amte.

Die Vertreter der Sozialdemokratie, der Demokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei schlossen sich in ausdrücklichen Erklärungen der Auffassung des Reichskanzlers an. Selbst der deutschnationalen Antragsteller trat zum Schluß einen Rückzug an, indem er ausführte: Zweck seines Antrages sei nur gewesen, eine einmütige Kundgebung des Reichstags zu veranlassen, bei der der Reichstagspräsident und die Regierung Erklärungen abgeben sollten. Um eine solche Erklärung abgeben zu können, dazu müsse die Regierung freilich auch im Amte sein.

In der Debatte gaben auch die Kommunisten der Meinung Ausdruck, daß Oberschlesien nicht zerissen werden dürfe. Schließlich einigte man sich dahin, von einer sofortigen Einberufung des Reichstags abzusehen, da zurzeit noch ausreichende Grundlagen der Beratung fehlten. Der Kellertenausschuh will spätestens Montag vormittag 10 Uhr wieder zusammentreten, um den Zeitpunkt der Einberufung festzusetzen.

finanzieller Art sind die Vorteile zentraler Haushaltsweise. Dort, wo die wirtschaftliche Not Berufslosigkeit der Frau bedingt, ja selbst wo nur ein arbeitsreicher Haushalt ihre Kraft übermäßig stark beansprucht, stand stets auch ihre Gesundheit und Rentkraft und damit der Frieden des Familienlebens auf dem Spiel. Nicht minder ist die offensichtliche geistige Verkümmern der Frau unter dem Zwange der stetig rinnenden Hausarbeit, ein für den inneren Reichtum des familiären Lebens nicht ernst genug zu wägender Lebensstand. Es ist bezeichnend, daß alle diese Zustände nicht von Frauen, vor allem aber nicht von Hausfrauen gemeldet werden und daß die Bedenken sich meist nur aus den Reihen der Männer melden. Sie treten als die schärfsten berufenen Schlichter der „guten alten Zeit“ auf und klammern sich in Nahrung an die „Poesie des eigenen Herdes“.

Die Frauen werden es begrüßen, daß eine Gemeinschaft bewährter Führerinnen und Führer, wie Minna Cauer, Wally Jepsen, Ilse Müller-Dreißig, Regine Deutsch, Rudolf Wiffel, Adolf Otto u. a., und Organisationen, wie die Deutsche Gartenstadtgemeinschaft, der Deutsche Verein für Wohnungsreform sich in dem Verein für gemeinnützige Einküchenwirtschaft zusammengeschlossen haben. Das erste Ergebnis ihrer Bemühungen ist ein Prospekt einer Einküchenheftung, das in Lankwitz bei Berlin auf gemeinschaftlicher Basis vertriebt werden soll. Das Schicksal dieses Unternehmens ist zurzeit in die Hand der Berliner Behörden gelegt, soweit sie durch Zugabe der allgemein üblichen Aufwandszuschüsse und eines städtischen Gebäudes am Werden dieser Aufgabe mitzuwirken haben. Frauen Berlins, paßt auf!

Schiller-Theater. Der Schwant „Meine Frau die Hoffschafflerin“, geschrieben mit Banalität und Behagen von Alfred Möller und Lothar Sachs, ist vom ehemals wilhelminischen Schauspielhaus am Gendarmenmarkt in das Chorlostinburger Schiller-Theater überfiedelt. Es scheint, daß der Geschmack sich bei den republikanischen Spielern unserer Tage wenig geändert hat, denn man unterhielt sich ausgezeichnet in diesem Theater der Kleinbürger über den Dichter, der sich nicht zu seinem Werke bekennt, weil er seine Gattin, die ungeschwärmte Schauspielerin, für sich fester gewinnen möchte. Es muß zugegeben werden, daß diese Heiterkeit einige handliche Lehren hat. Die Schwantautoren wissen Wiß und allige Kulturgeschichte durcheinander zu mischen und eine freundliche Stimmung durch drei mit Auf und Verführung getränkte Akte aufrechtzuerhalten. Man spielte am Schiller-Theater den Schwant mit den alten Kräften und mit dem neu hinzugekommenen Fräulein Gertrud Sella, die über die Ferne einer munteren Soubrette und amüßige Bewegungen verfügt. R. H.

Kosmischer Vortrag des Johannes Schlaf. Im Künstlerhaus, an derselben Stelle, an der uns vor acht Tagen ein Vortrag aus der Bleichschmiede des Arno Holz einen reinen Genuß gewährte, sprach dessen einstiger Weggenosse Johannes Schlaf über das Thema: „Die Erde — nicht die Sonne.“ Der Volkskraftbund, auf dessen Konto die Veranstaltung ging, wollte mit ihr den Dichter ehren. Es ist ihm nicht gelungen. In seiner astronomischen Betätigung — das muß gelobt werden — kann man Schlaf nicht ernst nehmen. Er glaubte mit seinem Vortrag den Beweis erbracht zu haben, daß die Sonne sich um die Erde dreht. Dabei geht er

„Antibol“ und Landesverrat.

Eduard Stadler verhaftet.

Wie die Telegraphenunion meldet, wurde der als Volkswissenschaftler und Gründer der antibolschewistischen Liga („Antibol“) bekannte Dr. Eduard Stadler am Donnerstag nachmittag in seiner Wohnung verhaftet. Sämtliche Briefschaften und Manuskripte wurden beschlagnahmt und das Bureau versiegelt. Die Verhaftung Eduard Stadlers erfolgte auf Grund des § 92 des StGB., der unter Ziffer 1 besagt:

Wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse oder Festungspläne oder solche Urkunden, Aktenstücke oder Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich ist, dieser Regierung mitteilt oder öffentlich bekanntmacht, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.

Worin die landesverräterischen Handlungen Stadlers im einzelnen bestehen sollen, ist noch nicht bekannt. Möglicherweise hängt die Verhaftung zusammen mit einem Artikel, den Stadler in der Abendausgabe der „Täglichen Rundschau“ vom 12. Oktober veröffentlichte, und der eine widerliche Denunziation des Kabinetts Wirth an die Adresse der Entente darstellte.

Untersuchung gegen „Oberland“.

München, 13. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die „Augenburger Abendzeitung“ empört sich seit einigen Tagen, daß die Zeitung der bayerischen Sozialdemokratie in der Aufdeckung hochverräterischer Umtriebe mit den einschlägigen Verwaltungsorganen zusammenarbeite. Die Anrempelung des bayerischen Innenministers veranlaßt diesen, in der heutigen „Tageszeitung“ folgende Erklärung abzugeben:

„Das in der „Münchener Post“ vor kurzem über das Freikorps Oberland veröffentlichte Material wurde vom Landtagspräsidenten Auer vor der Berufung des Ministerspräsidenten und dem Minister des Innern übergeben und von diesem durch die Postdirektion der Staatsanwaltschaft zur Bearbeitung überwiefen. Weitere Angaben in dieser Angelegenheit wurden von der „Münchener Post“ der Postdirektion unmittelbar übergeben und von dieser bearbeitet. Da es sich bei dem gesamten Material um die Aufdeckung von Straftaten handelt, die zum Teil im Zusammenhang mit dem Erzberger-Mord stehen, ist es nicht anders als selbstverständlich, daß die staatlichen Behörden, insbesondere die Postbehörden verpflichtet waren, das Material entgegenzunehmen, von welcher Seite es auch immer kam. Eine weitere Zusammenarbeit fand und findet nicht statt.“

Es ist für ein modernes Staatswesen äußerst bestrebend, daß der Minister für die öffentliche Sicherheit glaubt, sich entschuldigen zu müssen, wenn er die Unterstützung gewisser Volksteile zum Schutze der Verfassung und der Aufdeckung von Mordtaten entgegengenommen hat.

Wie die WTB. meldet, werden die Enthüllungen der „Münchener Post“ über die Geheimorganisation „Oberland“ eine gerichtliche Verfolgung nach sich ziehen. Die in die Sache verwickelte „Dishandels-Gesellschaft“ läßt erklären, daß sie sich niemals mit Politik beschäftigt habe und keinen Stillsdienst in Budapest unterhalte. — Wie derartige Dementis zu bewerten sind, weiß man aus Erfahrung.

Der Sekretär des Republikanischen Reichsbundes Schmollig war zur Zeit des Ruhr-Böchner-Regiments wegen Aufreizung zum Klassenkampf, in Wirklichkeit Aufforderung zur Verteidigung der Republik, angeklagt worden. Das Verfahren wurde dieser Tage eingestellt.

Der Ministerialdirektor Heilbron, früherer Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, ist mit der Führung der Geschäfte der Abteilung IX (Auslandsdeutschtum und Kulturbildung) des Auswärtigen Amtes betraut worden.

Der neue deutsche Rheinlandkommissar, ein Fürst Haffelb-Dillingen, tritt jetzt sein Amt in Koblenz an.

Eigenes Heim oder eigener Herd?

Von Robert Adolph.

Daß die Einküchenfrage die Deutlichkeit lebhaft bewegt, erklärt sich aus den vielfachen Beziehungen, die sich ergeben, je nachdem man sie von der wirtschaftlichen, der sozialen oder der ethischen Seite her betrachtet. In allen drei Hinsichten erscheint sie gleichermäßen bedeutungsvoll.

Unter den Vorurteilen der Gegner spielt eine bedeutende Rolle das Diktum, das auf Grund der ein reichliches Jahrzehnt zurückliegenden, aber unvergessenen Berliner Versuche erwächst. Versuche im eigentlichen Sinn waren es nicht, sie erstrebten nicht die Anwendung des Gedankens unter vorsichtig demensenen Voraussetzungen. Es waren Spekulationen jünger Köpfe, geschäftliche Unternehmungen. Man sagte sich, Hauswirt zu sein, sei ein mühsames Geschäft mit begrenzten Gewinnmöglichkeiten, hier bietet die Gelegenheit, die Verdienste des Hausbesitzers mit denen des Geschäftsmanns zu verknüpfen. Dieser Unternehmerricht, mit dem damals die gute Sache angegriffen wurde, ward ihr Verhängnis, zumal die Zimmerlatten damit begannen, das kaum geborene Unternehmen obendrein noch mit Terroringewinnen zu erschiden. Bezeichnend war, daß der Zusammenbruch im Augenblick eintrat, als die voll vermierten Häuser gerade bezogen wurden. Bezeichnend ist nicht minder, daß die kaltesten Häuser von den Beschnitzern als Einküchenhäuser weiter betrieben wurden.

Der damalige Zusammenbruch hat nun einen Beweis sicher erbracht, den nämlich, daß die Vorteile der Einküchenwirtschaft zerrinnen, wenn sie dem Spekulationswillen ausgeliefert werden. Einküchenwirtschaft ist eine sozialökonomische Aufgabe, ist eine Form ausgesprochenen Selbsthilfe der Kommunitäten und kann nur von diesen selbst auf gemeinschaftlicher Basis erfolgreich werden. In konsequenter Verfolgung dieses Grundgedankes werden die Bedenken, die im übrigen der Einküchenwirtschaft entgegengebracht werden, viel von ihrer Stichhaltigkeit verlieren.

Soweit sich diese Bedenken gegen Ausrichtungen richten, die in Bezug auf die gesellschaftliche Lebensweise und den Familiengeist befürchtet werden, sind diese auf die Nebentendenzen zurückzuführen, die von oberflächlichen Beurteilern dem Einküchengedanken zuteil werden. Im Munde dieser Krieger erscheint das einfache Wirtschaftsprinzip der Einküchenweise oftmals geradezu als ein Revolutionierungsmittel menschlicher Lebensformen. Demgegenüber muß betont werden, daß das Anwendungsgelände der Einküchenwirtschaft begrenzt ist, wenn es auch in den heiligen Familien weitauslich weiter geht als einst.

Daß die Vorteile für alle jene Schichten des Volkes bedeutungsvoll werden dürften, die auf die Beschränkung ihrer Ausgaben trachten müssen, beweist ein Blick auf die Art der Erpornis. Sie ergibt sich einmal aus dem Fortfall der Küchenräume und ihrer Einrichtung, andererseits infolge der zentralen Zubereitung, aus dem Ersatz von Arbeitskraft durch Maschinenleistung, der preiswerteren Beschaffung der Lebensmittel im Großverkauf und der engeren Verbindung zwischen Erzeugung und Verbrauch. Alles in allem eine nicht unbeträchtliche Verminderung der Unterhaltskosten, die sich dort sprunghaft steigert, wo wirtschaftliche Verhältnisse bisher das halben eigenen Personals erforderten. Aber, nicht nur

von dem Sonnenfleckenphänomen aus, das in der Fachwissenschaft noch keine reifliche Erklärung gefunden hat. Weil wir die Sonnenflecken hauptsächlich auf der Oberfläche der Sonne sehen, so folgert Schlaf: Das Weltall befindet sich in einer Wirbelbewegung spiralförmiger Natur. Die Erde ist der einzige Körper mit fester Schale, der eine Drehung um die eigene Achse aufweist. Alle Himmelskörper drehen sich um die kosmische Mitte, und im genauen (!) Mittelpunkt des Kosmos steht die Erde.

Was Schlaf noch nebenher erwähnte, konnte nur noch mehr in Erläuterung verziehen. Er sprach von einem „Volkswissenschaft der Wissenschaft“ und von dem naturwissenschaftlich erbrachten Beweis der Existenz eines lebendigen Gottes. U. a. wurde auch Einsteins hergenommen. Wenn Schlaf nur ein klein wenig in die Relativitätstheorie eingedrungen wäre, hätte er gesehen, daß der Kampf um seine Anschauung längst überholt ist. Gewiß kann man nach der neuen Lehre sagen, daß sich die Körper um die Erde drehen; denn da man von Bewegung nur in Bezug auf einen festen Punkt sprechen kann, so ist es im grenzenlosen Weltall gleichgültig, welchen Punkt man als feststehend annimmt. Es gibt weder einen absoluten Raum, noch eine absolute Zeit. Von einem Mittelpunkt des Kosmos zu sprechen, ist Unsinn. Und wenn Schlaf im Verlauf seiner Ausführungen behauptete, seine geozentrische Anschauung betreffe endlich die Wissenschaft vom Leben in Hypothesen, so muß man an eine Stelle seiner Gedichtreihe „Im Heidekraut“ denken, wo er von sich sagt:

und meine Gedanken
meine Dummheit Gedanken. . .

Die Hoffnung, wenigstens in der Form einen Genuß zu erleben, war leider auch trügerisch. Schlaf hatte den Dichter ganz vergessen. E. D.—r.

Volkshäuser G. B. Auf Veranlassung der Volkshäuser E. B. wird Richard Roet am Montag, den 17. 74. Uhr, im Bürgeraal des Rathauses aus Romain Rollands Werken vorgelesen. Einlaßkosten 1 M.

Musik in Berlin. Demnächst, der Kaiser Maler, hat eine Reihe jüngst entstandener Bilder der Berliner Maler Richard Roet für kurze Zeit zur Verfügung gestellt. Sie werden dort mit früheren Werken aus Veranlassung im November zu sehen sein.

Königlicher Lehrer der Berliner Kunstschule. Als Nachfolger des auscheidenden Prof. Peter Dreier hat Prof. Fritz Köhler einen Ruf an die Berliner akademische Hochschule erhalten und angenommen. Er übernimmt die Leitung einer Bilderschule.

Das Bremerer-Buch in Oberammergau. Dem Ansehen des Bremerer-Buchs (Jahrgang 60) Gedächtnis in diesen Tagen die Erinnerung an ihn wachhält, ist ein Antrag gestellt, das von seiner Wille in Oberammergau errichtet wurde. Hier befindet sich der gefamte handgeschriebene Nachlass Bremerers, und an der Hand dieses umfangreichen, handschriftlich geordneten Materials soll demnächst die erste vollständige Gesamtausgabe seiner Werke im Georg-Müller-Verlag erscheinen.

Das billige Sonntagsporto. Das Porto für den internationalen Verkehr ist in Sachland jetzt auf 5 Rubel für einen Brief (je 15 Gramm) und auf 3 Rubel für eine Postkarte festgesetzt worden. Zur Festsetzung werden die früheren Preisverträge der Jarenregierung in den Werken von 1 bis 30 Kopfen verwendet. Diese Wertbegrenzung ist aber nicht mehr als Kopfen, sondern als Rubelpreis zu betrachten.

Landtag und Oberschlesien.

Zu Beginn der Donnerstagssitzung des Preussischen Landtages brachte Präsident Reinert im Auftrage aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten, die auch im Gegensatz zu allen anderen sitzen blieben, folgende

Erklärung über Oberschlesien

zur Kenntnis:
Aus Genf ist zu uns die erschütternde Nachricht gedrungen, daß der Völkerbundrat einen Vorstoß unterbreiten will, der eine Zerstückung des schwer leidenden Volkes und Landes beabsichtigt. Ein solcher Vorstoß würde den Grundrissen, die in den Versailles-Friedensverhandlungen festgelegt worden sind, vollständig widersprechen. Danach sollte die Entscheidung der Frage, ob Oberschlesien beim Deutschen Reiche verbleiben oder Polen zufallen sollte, denjenigen überlassen werden, die sie besonders angeht, nämlich der in Oberschlesien geborenen Bevölkerung. Diese hat mit großer Mehrheit am 20. März d. J. entschieden, daß ihr Land beim deutschen Volke verbleiben soll, mit dem sie mehr als 750 Jahre verbunden ist und dem sie den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg allein verdankt. Polen kann keinerlei Rechtsansprüche an Oberschlesien geltend machen.

Trotzdem soll ein erheblicher Teil des ober-schlesischen Industriegebiets Polen überwiesen werden; obgleich Industrie, Handel und Gewerbe

allein durch Deutsche aufgebaut

wurden, auch die Arbeiterchaft in den Gewerkschaften allein deutschen Führern den Aufstieg zu geistiger und wirtschaftlicher Höhe verdankt (Värm den Komm. und U. Soz.) und sich alle maßgebenden Sachverständigen des In- und Auslandes für die Unteilbarkeit Oberschlesiens als unbedingte Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens des Landes ausgesprochen haben.

Die Abstimmung am 20. März d. J. wurde unter schlimmstem Terror polnischer Nationalisten mit schweren Bedrohungen der deutsch stimmenden Bevölkerung vorgenommen. (Große Unruhe auf der äußersten Linken. — Rufe rechts: Ruhe!) Wenn bei dieser Sachlage nur eine Minderheit der Abstimmenden sich für Polen entschieden hat, so beweist gerade diese Tatsache den deutschen Charakter des ober-schlesischen Volkes. Aber auch die Minderheit, die für Polen stimmte, hat nicht gemollt, daß Oberschlesien aufgeteilt und seine wirtschaftliche Zusammengehörigkeit zerstört werden soll. (Zurufe der Komm.) Das ist namentlich in den letzten Monaten durch Kundgebungen der polnischsprachigen Minderheit unmissverständlich zum Ausdruck gebracht worden.

Die von den alliierten und assoziierten Regierungen in den Friedensbedingungen von Versailles zugestandene Volksabstimmung hat also das niemals wegzuleugnende Ergebnis gehabt, daß Oberschlesien nicht nur deutsch, sondern ungeteilt deutsch bleiben will. Die Zerstückung dieses Landes in einen deutschen und einen polnischen Teil würde daher ein Gewaltakt sein, der

gegen den Willen der gesamten ober-schlesischen Bevölkerung

vorgenommen wird und damit zugleich den Grundgedanken der Selbstbestimmung des Volkes verneint. Der Völkerbundrat kann das Mandat, über die Zugehörigkeit des ober-schlesischen Volkes zu Deutschland oder Polen zu bestimmen, niemals herleiten aus der Zustimmung derjenigen, die diesem Diktat unterworfen sind. Der ober-schlesischen Bevölkerung gegenüber bekundet der Landtag die untrennbare Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes mit ihr. (Bravo!) Sie hat unter der Fremdherrschaft der Alliierten mit großem Mut sich zum Deutschtum bekannt, und wir drücken ihr hierfür das

Gelöbnis unandelbarer Treue

aus. (Erneutes Bravo!) Die furchtbaren Leiden, Vergewaltigungen der Freiheit, Gefahren für Leib und Leben, die die Ober-schlesier (Unruhe und Zurufe der Komm.) in den Aufständen erdulden mußten, haben unser Mitgefühl mit den Oberschlesiern so geschärft, daß eine Trennung des deutschen Volkes von ihnen ausgeschlossen ist. (Sehr richtig! und Bravo!) Wir müssen mit ihnen die Ausführung (Sehr in Genf vorbereiteten Lösung des Schicksals von Oberschlesien als eine

brutale Vergewaltigung des Volkswillens

empfinden, und wir müssen uns auf das entschiedenste weigern, einen solchen Gewaltakt als Recht anzuerkennen. (Lebhafte Zustimmung.) Eine solche Lösung kann auch unmöglich zur Stärkung des Weltfriedens und zur Völkerverständigung beitragen. (Sehr richtig!) Sie würde den wirtschaftlichen Frieden nicht fördern und vor allem den Frieden des so schwergeprüften ober-schlesischen Volkes nicht herbeiführen. Der

Preussische Landtag erhebt feierlichen Einspruch

gegen eine solche durch keinerlei Recht begründete Vergewaltigung und weiß sich hierin einig mit der erdrückenden Mehrheit des gesamten deutschen Volkes. (Langanhaltender lebhafter Beifall. — Värm und Zurufe bei den Unabhängigen und Kommunisten: Sitzenbandel)

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.): Wir stimmen diesen Darlegungen nicht zu. (Zustimmung bei den Kommunisten, die mit Entzifferungsbewegungen beantwortet wird.)

Abg. Geld (U. Soz.) erklärt daselbe. (Große Unruhe.) Er werde nächstens die Stellung seiner Partei zur ober-schlesischen Frage darlegen. (Großer Värm und Schlußruf.)

In der fertigehten Besprechung der Großen Anfrage Hoff über den Entwurf des Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend

Bekennnis- und Weltanschauungsschulen

ergreift das Wort

Abg. König-Swinemünde (Soz.): Artikel 146 der Verfassung sieht die Gemeinschaftsschule als Normalschule vor und gestattet sowohl die konfessionelle als auch die weltliche Schule nur als Ausnahmeschulen unter ganz bestimmten Voraussetzungen. u. a., daß eine genügende Zahl von Erziehungsberechtigten die Ausnahmeschule verlangt und der regelmäßige Schulbesuch dadurch nicht gestört wird. Der Reichsschulgesetzentwurf will aber alle bestehenden Konfessionsschulen zulassen und die Konfessionsschule als Regel hinstellen. Somit ist der Entwurf verfassungswidrig, und wir fordern seine Umänderung. Noch 1916 haben die Rechte und das Zentrum in der Diszidenzfrage das Elternrecht mit Füßen getreten, daher glauben wir ihnen jetzt ihre Begeisterung für die Freiheit der Eltern nicht. Das Privatschulwesen darf nicht zu sehr in die Höhe schellen, denn dadurch wird die Gemeinschaftsschule durchlöchert.

Abg. Meyer-Ostpreußen (Komm.) fordert Abschaffung des Religionsunterrichts.

Abg. Hoff (Dem.): Der Reichsschulgesetzentwurf bedeutet einen Bruch nicht nur der Verfassung, sondern auch des Weimarer Schulkompromisses. Wir verlangen lokale Durchführung der Verfassung.

Abg. Schwarzhaup (D. Sp.): Auf der konfessionellen Schule müssen wir bestehen. Der Kampf heißt nicht: Hier Simultan-, hier Bekennnis-, hier weltliche, hier religiöse Schule! (Sehr richtig! rechts.)

Der Antrag, die Große Anfrage und den Antrag Kunert (U. Soz.) dem Untersuchungsausschuß zu überweisen, wird gegen die sozialistischen Parteien und Demokraten abgelehnt. — Der Antrag Kunert selbst wird gegen die sozialistischen Parteien abgelehnt. Der deutschnationalistische Antrag auf Unterstützung der Privatschulen geht an den Untersuchungsausschuß. Es folgen die Großen Anfragen Lehmann (Dnat.), Otto (Dem.) und Braun (Soz.) über

die Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule

in Chorlottenburg.

Abg. Vllug (Dnat.): Der Kultusminister hat im Mai 1920 wegen „politischer Drangsalierung“ einer Minderheit, nämlich der beiden im Kollegium vorhandenen entschiedenen Schulreformer, eine Untersuchung angeordnet. Der Direktor und

drei Damen des Kollegiums wurden im Interesse des Dienstes veretzt. Diese Verfügung Haenisch ist erst von Dr. Becker zurückgenommen worden. Eltern und Schülerschaft wollen Direktor Burg der Schule erhalten. Die Schulreformer werden von den Eltern abgelehnt. Der Ton in Haenisch' Verfügung entbehrt jedes politischen Tactes. Der Ministerialdirektor, der in so gefährlicher und einseitiger Weise die Untersuchung geführt hat, darf nicht länger an leitender Stelle im Schulwesen stehen.

Darauf wird die Aussprache abgebrochen. Freitag 11 Uhr: Kleine Anfragen, Strafverfahren gegen Abgeordnete, Große Anfragen: Braun (Soz.) wegen der Personalpolitik des Ministers Dominicus, wegen des Vorgehens des Staatlichen Landesamts gegen Angeestellte, welche die schwarzrotgoldene Fahne gehißt hatten, und wegen des Verhältnisses des gewissen Breslauer Polizeipräsidenten Liebermann. Schluß gegen 7 Uhr.

Die USPD.

hat sich in der Berliner Stadtoverwaltung häufig nicht von sachlichen Gründen, sondern von der Konkurrenzsucht gegenüber den Kommunisten leiten lassen. Sie haben dem in der Mehrheit sozialistischen Magistrat den Etat abgelehnt.

Die meisten Unabhängigen erkennen die Unrichtigkeit und Schädlichkeit dieser Taktik selbst an, aber die Partei hat nicht den Mut, es offen auszusprechen.

Die Unabhängigen haben mit den Kommunisten durch ihre Haltung vielach

die sozialistische Mehrheit gespalten und dadurch den Einfluß der bürgerlichen Parteien gestärkt.

Die SPD.

weiß, daß sie sozialistische Kommunalpolitik nur in den engen Grenzen der heutigen Verhältnisse treiben kann. Sie

verspricht nicht mehr

als durchzuführen möglich ist. Sie allein kann die sozialistische Mehrheit sichern.

Deshalb jede Stimme der (SPD.) Sozialdemokratischen Partei

Das Militärtuch der Sicherheitswehr.

Hg. Köln, 13. Oktober.
Im weiteren Verlauf der Beweisnahme richtet der Vorsitzende an den Angeklagten Trobed die Frage, ob ihm nicht bei dem zweiten Geschäft mit dem Zuschlag von 2 Schilling der Preis von 138 Schilling zu hoch und der Gewinn übermäßig erschienen müßte, so daß ein realer Kaufmann seine Hände davon lassen müßte? — Angekl. Trobed: Ich bin Ingenieur und kein Kaufmann, aber der deutsche Jurist, der die Regierung vertrat, hat den Vertrag genehmigt. Wie konnte ich da denken, daß man mich vor ein Gericht stellen würde? — Der Angeklagte Trobed betont dann, daß er bei dem Geschäft das Risiko getragen habe. Er müßte an Gaunt in London die Summe von 20.000 Dollar als Garantie auszahlen und bekam selbst auf das Kreditrisiko der Regierung erst dann Geld, nachdem der entsprechende Teil der Ware verloren und die Dokumente vorgelegt waren. Er trug also vom Tage der Zahlung an das ganze Risiko; wenn es schief gegangen wäre, würde er ein armer Mann geworden sein. — Vors.: Schließlich hätten Sie auch die Finger davon lassen können. — R. V. Dr. Usberg: Und was wäre aus der Sicherheitswehr geworden? — Vors. (schleud): Na, dann wäre schließlich wohl ganz Preußen zugrunde gegangen. — Angekl. Trobed erklärt, daß das Bruttoquantum 100.000 Pfund Sterling betragen hätte. — Vors.: Diese Beträge haben Sie im Zustand gelassen? — Angekl.: Das Geld wurde ja in London ausgezahlt. — Vors.: Es war aber ein Geschäft, das in Berlin gemacht war.

Der aus London erschienene Zeuge Gaunt ist der Verkäufer des Tuches. Von der englischen Regierung habe er über 20 Millionen Yard verschiedene Militärtücher gekauft gehabt. Cleland habe er eine Million Yard zum Preise von 11 Schilling angeboten. Außerdem habe er das Tuch noch verschiedenen anderen Leuten angeboten, sei auch selbst in Berlin gewesen und habe versucht, Tuch zu verkaufen. — Vors.: Zu welchen Preisen haben Sie das Tuch in Berlin angeboten? — Zeuge: Zu 10 Schilling 6 Pence. — Vors.: Weshalb ist man in Berlin auf dieses Angebot nicht eingegangen? — Zeuge: Das ist etwas

worüber ich mich selbst wundere.

(Heiterkeit.) Bei dem Geschäft mit Cleland war Bedingung, daß das Tuch vorher bezahlt wurde. Das konnte dieser zunächst nicht, bis Trobed hineinkam. Erst als Trobed die 20.000 Dollar Kaution gestellt hatte, haben wir Vertrauen zu dem Geschäft bekommen. — Der Zeuge, dessen Vernehmung durch Dolmetscher erfolgen muß und sich daher sehr langsam gestaltet, wird dann ausführlich über die Einzelheiten der Vereinbarungen und vorausgegangenen Verhandlungen befragt. — Vors.: Es wird angenommen, daß ein Risiko für die Angeklagten bestand, weil Schwierigkeiten bei der Ausfuhr gemacht werden konnten, weil das Tuch für die Sicherheitswehr bestimmt war? — Zeuge Gaunt: Ich glaube nicht; ich nehme doch an, daß das anständige Leute sind. (Große Heiterkeit.) — Vors.: Ist Ihnen nicht bekannt, daß die Entente die Sicherheitswehr mit wenig günstigen Augen ansah? — Zeuge: Davon weiß ich nichts. Ich konnte das Tuch verkaufen, an wen ich wollte, auch an die Sowjetregierung und an Deutschland.

Der englische Zeuge Lodge, der in Köln Vertreter von Gaunt war, bekundet, das Reichswirtschaftsministerium habe sich Mutter ausgesprochen und sollte nach dem Kapp-Zuch Antwort geben. Sie hätten aber nichts mehr gehört. — Zeuge Stern, Geschäftspartner des Vorgezogenen, bekundet, daß die württembergische Regierung eine Million Yard kaufen wollte. Das Geschäft zerfiel, weil Geheimrat Reichardt vom Reichswirtschaftsministerium die Einfuhrgenehmigung verweigerte. Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt.

Die neue Postvertierung.

Der dem Reichstag vorzulegende neue Posttarif, der das Defizit mildern soll, u. a. folgende Sätze einführen:
Brief Orisortfer bis 20 Gramm 75 Pf., über 20 bis 250 Gramm 1 R., Fernortfer bis 20 Gramm 1 R., über 20 bis 100 Gramm 1,50 R., über 100 bis 250 Gramm 2 R., Dienstliche Aktienbriefe von Behörden über 250 bis 500 Gramm 3 R.; Postkarte Orisortfer 50 Pf., Fernortfer 75 Pf.; Drucksachenkarte 25 Pf.; Drucksachen bis 50 Gramm 30 Pf., 50 bis 100 Gramm 50 Pf., 100 bis 250 Gramm 1 R., 250 bis 500 Gramm 2 R., 500 Gramm bis 1 Kilogramm 3 R.; Päckchen (bis 1 Kilogramm) 3 R.; Pakete Rapzone bis 5 Kilogramm 4 R., 5 bis 10 Kilogramm 8 R., 10 bis 15 Kilogramm 14 R., 15 bis 20 Kilogramm 20 R., Fernzone 6, 12, 22, 30 R. Einschreibgebühr 2 R.; Postanweisung 6 bis 50 R. 1 R., 50 bis 250 R. 2 R., 250 bis 500 R. 3 R., 500 bis 1000 R. 4 R., 1000 bis 1500 R. 5 R., 1500 bis 2000 R. 6 R. Auslandsgebühren: Briefe bis 20 Gramm 2 R., jede weiteren 20 Gramm 1 R.; Postkarten 1,20 R. und Drucksachen 40 Pf. für jede 50 Gramm.

Zahlfartengebühr 50 Pf. bei Beiträgen bis 50 R., 1 R. bei 50 bis 500 R., 1,50 R. bei 500 bis 1000 R., 2 R. bei 1000 bis 2000 R., 3 R. bei 2000 R., Telegramme 50 Pf., mindestens 5 R., Fernselegramme die Hälfte. Fernsprechgebühren Erhöhung um 20 v. H.

Eisenbahnunfälle überall.

Bamberg, 13. Oktober. Heute nacht kurz nach 12 Uhr fuhr in der Nähe der Betriebswerkstätte ein Güterzug mit Personenverkehr aus bisher noch unbekannter Ursache auf ein sogenanntes totes Gleis, überfuhr den Freilock und stürzte mit der Lokomotive in einen Graben. Der dritte Personenzug wurde in den zweiten hineingeschoben, wodurch unter den Fahrgästen ein großes Blutbad angerichtet wurde. Nach den bisherigen Feststellungen sind 3 Personen tot, 3 schwer verletzt und 12 leicht verletzt. Einer der Verletzten ist der Handelsmann Georg Fischer aus Königsberg i. Pr. Der Materialschaden ist außerordentlich groß. Von den Schwerverletzten ist einer bei seiner Einlieferung in das Krankenhaus gestorben.

Heldesberg, 13. Oktober. Heute früh überrannte ein Personenzug auf der benachbarten Station Wieblingen das Stellwerk, das er vom Sockel herunterriß. Infolge der dadurch hervorgerufenen Unterbrechung des Signaldienstes fuhr ein aus Mannheim kommender Personenzug bei dichtem Nebel auf einen von Mannheim nach Basel abgefahrenen Schnellzug auf, der auf der Strecke vor der Unfallstelle liegen geblieben war. Die Lokomotive des Personenzugs entgleiste, der Padwagen des Schnellzugs schob sich in den letzten Personenzug und beschädigte ihn erheblich, wobei mehrere Reisende des Schnellzugs Verletzungen erlitten, darunter der aus dem Haag kommende österreichische Botschaftsrat Dr. Günther. Mit mehreren Stunden Verspätung konnte der Schnellzug die Fahrt nach Basel fortsetzen.

Münster, 13. Oktober. (Amtlich.) Vormittags 6,30 Uhr stieß Personenzug 1361 bei Haltestelle Venne infolge grober Fahrlässigkeit im Zugmedien mit einer leerfahrenden Lokomotive zusammen. Ein Heizer wurde getötet, andere Beamte wurden schwer verletzt. Die beiden Lokomotiven und zwei Personenzüge wurden stark beschädigt. Der Betrieb wurde durch Umsteigen aufrechterhalten. Um 5,30 Uhr nachmittags war die Strecke wieder befahrbar.

Bei Merida in Spanien ist ein Personenzug infolge Unterspaltung des Bahndammes durch anhaltenden Regen entgleist. Ueber die Zahl der Toten und Verletzten liegen Meldungen noch nicht vor.

Volksabstimmung im Burgenland.

Budapest, 13. Oktober. (Ung. Tel.-Korr.-Bund.) Ueber die Einzelheiten der Vereinbarungen in Venedig erzählt unser nach Venedig entsandter Sonderberichterstatter: Acht Tage nachdem die internationalisierte Generalkommission die erfolglose Entwertung festgelegt hat, wird in Odenburg und Umgebung, Ungarn und Brennborg unter Kontrolle der Kommission eine Volksabstimmung abgehalten. Was die infolge der Uebergabe erhobenen finanziellen Forderungen Ungarns betrifft, so werden in dieser Frage in vierzehn Tagen Verhandlungen in Wien eröffnet werden. Wenn diese Verhandlungen binnen vierzehn Tagen nicht zu einem Ergebnis führen, so wird gemäß den Bestimmungen des Friedens von Trianon ein gemischtes Schiedsgericht über diese Frage entscheiden.

Die neue Irenenla. Am Montag wurden sämtliche Südtiroler Tagesblätter wegen eines Artikels betreffend die Stellungnahme der deutschen Südtiroler Abgeordneten zum Besuch des Königs beschlagnahmt. Nach dem „Kronen“ sind alle Südtiroler Zeitungen verboten worden, weil sie die deutsche Bevölkerung auffordern, sich beim Besuch des italienischen Königs jeder Kundgebung zu enthalten. Der König wird auf seiner Reise nach Tirol keinen Aufenthalt nehmen, sondern nur kurz Meran besuchen und dann nach dem Brenner fahren, um der Einweihung der Grenzsteine beizuwohnen.

Die 29 Stadtoerordneten von Poplar, die wegen Steuererweiterungsbeschluss unter Hinweis auf die große Zahl Arbeitsloser in diesem Londoner Vorort verhaftet worden waren, sind auf Weisung des Oberhauses als höchsten Gerichts freigelassen worden.

Wirtschaft

Die Mark sinkt weiter.

Der Sturz der deutschen Wäuta nimmt immer bedrohlichere Formen an. Nachdem schon vorgestern die höchsten bisher erzielten Preise ausländischer Zahlungsmittel an der Berliner Börse überschritten waren, setzte sich die Bewegung gestern fort und stieg den Dollar auf 141,35 (vorgestern 131,86), den Preis von 100 holländischen Gulden auf 484,15 (vorgestern 439,60), den von 100 Schweizer Franken auf 2397,40 (vorgestern 2437,55) hinaufschwellen. Die amtlichen Notierungen der Berliner Börse, die im Freiverkehr noch überboten wurden, ergeben also, daß die Mark im Ausland weniger als 3 Pfennige der Währung vor dem Kriege gilt. Die Gewaltsamkeit der ober-schlesischen Frage hat die Panikstimmung ausgelöst. Ob die Entwertung der deutschen Mark in diesem Umfange innerlich berechtigt ist, läßt sich ohne Kenntnis der Einzelheiten des Völkerbundbeschlusses nicht beurteilen. In Zahlen vermag heute niemand auszudeuten, welche Mengen wirtschaftlicher Energien durch den Genfer Spruch mit einer Teilung Oberschlesiens der deutschen Weltwirtschaft sofort, welche Mengen ihr allmählich verloren gehen. Jeder fühlt nur, daß hier der deutschen Wirtschaft und den deutschen Finanzen ein ungeheurer schwerer Schlag versetzt worden ist, daß die zukunftsreichsten Gebiete an Polen fallen, damit vielleicht auch wirtschaftlich schwer gefährdet werden sollen. Daher die schlechte Beurteilung der deutschen Mark mit allen ihren unheilvollen Folgen für die deutsche Kaufkraft am Weltmarkt, für die Vertreibung fremder Rohstoffe und der meisten Lebensmittel für die Verschleuderung der deutschen Waren am Weltmarkt und für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches sowohl im Inland wie gegenüber der Entente.

Am Ende dieser Entwicklung ist vorläufig nicht abzusehen; die Entente wird sich erst durch die zu erwartenden neuen Störungen ihrer eigenen Wirtschaft davon überzeugen müssen, welcher Fehlspruch das Urteil des Völkerbunds im Hinblick auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge der ober-schlesischen Industrie gewesen ist. Dem Reich aber, das seinen wachsenden Geldmarktverpflichtungen nur mit Papiermarktschulden gegenübersteht, das jetzt von dem Wäutastrich am schwersten betroffen wird, erwächst die Frage, wie es der Gefährdung seiner Finanzen entgegenwirken soll. Die letzte Woche hat wieder 1 Milliarde neuer Banknoten gedruckt; der gesamte Papiergeldumlauf ist auf 95 Milliarden angewachsen. Die ersten jährlichen Wiederausgabenrechnungen, ursprünglich auf rund 50 Milliarden geschätzt, sind durch den Kursturz der Mark auf rund 120 Milliarden gestiegen. Keine Finanzreform, die sich auf Papiermarktschulden aufbaut, ist auf die Dauer diesem Ansturm gewachsen. Wird man daraus die entscheidenden Schlüsse ziehen?

Deutsch-Oesterreichs Außenhandel. Nach der vorläufigen Handelsstatistik über Oesterreichs Außenhandel im ersten Halbjahre 1921 erreichte die Einfuhr eine Renne von 3,8 Millionen Tonnen, die Ausfuhr eine Menge von 700.000 Tonnen. Der Anteil Deutschlands daran geht aus folgenden Zahlen hervor: Die Einfuhr von dort betrug 1.222.000 Tonnen, also fast ein Drittel, die Ausfuhr dorthin 106.000 Tonnen.

Gewerkschaftsbewegung

An die Arbeiter und Angestellten Berlins!

Seit dem 1. Oktober befinden sich etwa 3500 gastwirtschaftliche Angestellte im Abwehrkampf. Beteiligt sind außer den eigentlichen Gastwirtsgehilfen (Kellner, Köche, Hilfspersonal) auch die kaufmännischen Angestellten, Musiker, Maschinisten und Heizer und alle in diesem Gewerbe beschäftigten Handwerker. Es handelt sich hier nicht nur um eine Lohnbewegung im üblichen Sinne, sondern auch um einen Kampf um die Organisation.

Es ist unbedingt notwendig, daß die organisierte Arbeiterschaft Solidarität übt und daß, bis der Kampf zugunsten der Arbeitnehmer entschieden ist, nur solche Lokale besucht werden, wo die vom Kartell der im Gastwirts-gewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen aufgestellten Forderungen bewilligt sind. Diese Lokale sind kenntlich gemacht durch grüne Plakate, die folgenden Ausdruck haben:

"Achtung. In diesem Betriebe sind die Forderungen der Angestellten bewilligt."

und mit dem Stempel des Kartells der im Gastwirts-gewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen versehen sind.

Zu Versammlungen und anderen Veranstaltungen sind ebenfalls in erster Linie die bewilligten Saalgeschäfte zu benutzen. Diese Betriebe sind beim Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Elbstr. 86/88, Fernsprecher Norden 1813, zu erfragen. Bei Veranstaltungen in nicht bewilligten Betrieben, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können, ist der Konsum auf das Notwendigste einzuschränken. In jedem Falle ist aber dafür zu sorgen, daß bei Festlichkeiten keine Streikbrecher beschäftigt werden. Die Bezahlung von 10 Proz. Aufschlag zu den festgesetzten Preisen der Speisen und Getränke ist unter allen Umständen zu verweigern. Die Streikposten sind, wenn nötig, in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Weitere erforderliche Maßnahmen wird der Ausschuss mit den in Betracht kommenden Organisationen treffen.

Dem arbeiterfeindlichen Vorgehen des koalitierten Unternehmertums muß die Solidarität der gesamten Arbeiter entgegengekehrt werden.

Allgemeiner freier Angestelltenbund. Ortskartell Groß-Berlin:
Platau. Otto. Schirora.
Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend:
Sabath.

Die Schuhmacher zum Schiedspruch.

Eine sehr stark besuchte Versammlung der Schuhmacher tagte am Mittwoch, um zu dem Spruch des Schlichtungsausschusses Stellung zu nehmen. Schüler referierte über die Verhandlungen am 4. und 6. Oktober und teilte das Ergebnis mit. Für Zeitarbeiter und Arbeiterinnen wird der Stundenlohn um 1 M. erhöht. In der lebhaften Aussprache wurde zwar bedauert, daß es nicht möglich war, die gestellten Forderungen zu erreichen, andererseits müsse aber der Schiedspruch immerhin als Fortschritt gegenüber dem Angebot der Arbeitgeberorganisation bezeichnet werden. Trotzdem sich mehrere Redner für die Ablehnung erklärten, wurde in der geheimen Abstimmung der Schiedspruch mit großer Mehrheit angenommen.

Die Innung dagegen hat am Montag den Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Sie sandte der Tagespresse eine Zuschrift mit der beweglichen Klage, daß außer den fortgesetzt steigenden Lederpreisen auch die Lohnforderungen der Gehilfen eine Verteuerung des Schuhwerks bewirken und fändigt damit eine Erhöhung ihrer Preise für Reparaturen und Neuanfertigung an. Auch der Schlichtungsausschuss sei daran schuld, der als "Bewilligungsmaschine" den Gehilfenforderungen in allen Punkten zugestimmt habe. Letztere Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Wertwändig ist, daß sie sich für ihre Preiserhöhung auf die Forderungen der Arbeiter berufen und die Forderungen samt dem Schiedspruch ablehnten. Damit zwingen sie der Arbeiterschaft den Kampf auf, den diese zu führen wissen wird.

"Militarisierung statt Demokratisierung".

Zu der unter obiger Überschrift in der Abendausgabe des "Vorwärts" vom 11. d. M. erschienenen Notiz schreibt uns ein parteigewandelter Militäranwärter:

Die Eisenbahndirektion Halle hat den Militäranwärtern mit der von ihr vorgebrachten Begründung für Aufhebung der Sperrung des nichttechnischen mittleren Beamtendienstes für Militäranwärter einen richtigen Bürendienst geleistet. Die organisierten Militäranwärter lehnen es ab, mit den Argumenten der halle'ser Eisenbahndirektion einen Keil zwischen Militäranwärter und Beamte anderer Herkunftsklassen treiben zu lassen. Sie stützen ihre Forderung nach Aufhebung der Sperre lediglich

auf die verdrängten Rechte ihrer Zivilerzierung und auf ihre durch ordnungsmäßig abgelegte Prüfungen nachgewiesenen Leistungen. Der Existenzkampf der zurzeit eine Anzahl von 40 000 bis 50 000 darstellenden unversorgten Militäranwärter im Alter von durchschnittlich 35 Lebensjahren ist zu hart, als daß die Militäranwärter es sich leisten könnten und wollten, sich mit ihren Arbeitskollegen, die aus dem Arbeiterstand kommen, in Widerspruch zu setzen, statt durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation die Grenzen der Stellenbesetzung schiedlich und friedlich nach den

Die Sozialdemokratische Partei

kämpft in der Berliner Stadtverwaltung

- für eine gesunde Finanzpolitik. Aufbringung der notwendigen Mittel durch Belastung der zahlungsfähigen Bevölkerungsschichten;
 - für eine Schule, die den Kindern aller Bevölkerungsschichten die besten Bildungsaussichten eröffnet;
 - für die technische und organisatorische Vervollkommnung der städtischen Betriebe, ihre Leitung nach kaufmännischen Grundsätzen, um sie so wieder rentabel zu machen;
 - für billige und ausreichende Lebensmittelerzeugung der Bevölkerung;
 - für Wohnungsbeschaffung auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage und
 - für ausreichende Armenunterstützung und für menschenwürdige Waisen- und Fürsorge-Erziehung;
- gegen die Elitenwirtschaft der bürgerlichen Parteien, die ihren Angehörigen alle städtischen Aufträge mit hohen Verdiensten zuschanzen möchten;
- gegen die Auslieferung der städtischen Betriebe an das Privatkapital;
- gegen reaktionäre und monarchistische Einflüsse in der Verwaltung.

Unterstützt diesen Kampf, geht am Sonntag alle zur Wahl,

jede Stimme für die SPD.

klaren Rechtsverhältnissen abzustimmen. Die Zeit ist vorbei, in der die Militäranwärter in völliger Abhängigkeit von dem Urteil "wohlwollender" Behörden sich von diesen, um eine künftige Existenz zu leisten, gegen andere Herkunftsklassen ausspielen lassen mußten; sie stehen heute in der geschlossenen Front der Angestellten und Beamtenschaft und suchen ihr Recht lediglich durch ihre Organisation. Der in dem Falsch des "Vorwärts" zu dem halle'ser Schriftstück gekennzeichnete Militäranwärtergeist existiert heute nicht mehr, er lebt nur noch weiter in der beamtenselbstlichen Spekulation einiger Behörden.

Zentrale Regelung im Versicherungs-gewerbe.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt:

Die allerorts eingeleiteten örtlichen Bohnenkämpfe, die in Berlin bereits zu einem günstigen Schiedspruch geführt haben, dürften durch eine zentrale Regelung der Gehälter für das ganze Reich ihren Abschluß finden. Auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums wurde zwischen den Vertragsparteien am 11. und 12. Oktober erneut verhandelt. Auf der Grundlage eines Vergleichsvorschlages des Ministerialdirektors Dr. Sijler kam schließlich eine bis zum 19. Oktober widerrufliche Vereinbarung zustande, die den Versicherungsangestellten über den Schiedspruch vom 9. September hinaus erhebliche Teuerungszuschläge zuspricht. Vor allem sind nunmehr, entgegen den ursprünglichen Absichten der Arbeitgeber, auch die weiblichen Angestellten und die Jugendlichen unter 20 Jahren berücksichtigt worden.

Ueber die Annahme oder Ablehnung der Vereinbarung wird eine Abstimmung unter den Angestellten stattfinden. Den erzielten Erfolg verdanken die Versicherungsangestellten dem planmäßigen örtlichen Vorgehen.

Der Streik in der Chirurgie-Mechanik beendet.

Nach achtstägiger Dauer wurde am Dienstag vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin nach stundenlangem Verhandlung ein Vergleich geschlossen, womit der Streik der kaufmännischer Angestellten der Branchen Chirurgie-Mechanik, Laboratoriums-Apparate und Detail-Depots beendet ist. Die Angestellten erhalten für Oktober die eingereichten Gehaltserhöhungen abzüglich 10 Proz. der Differenz aus dem früheren und dem neuen Tarifgehalt. Ueber diese 10 Proz. soll nach Ablauf von drei Tagen

erneut verhandelt werden. Maßreglungen gegen Beherrschung, Angestellte und gewerbliche Arbeiter dürfen nicht vorgenommen werden. Das Dienstverhältnis gilt durch den Streik als nicht unterbrochen.

So hat auch dieser Streik, der mit lobenswerter Energie und seltener Einmütigkeit eingeleitet wurde, zu einem vollen Erfolg geführt. Nach vorausgegangenem Versammlung wurde die Arbeit am Mittwoch wieder aufgenommen.

Zu Berliner Hochbaugewerbe droht ein Streik.

Am 6. Oktober wurde mit dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin E. V. (Hochbau) wegen einer Neuordnung der Gehälter der kaufmännischen Angestellten dieser Branche verhandelt. Der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten wies auf die ungeheure Teuerung hin und stellte fest, daß die jetzt gezahlten Gehälter dazu in keinem Verhältnis stehen. Die Forderungen der Angestellten von zirka 30 Proz. seien direkt bescheiden zu nennen. Die Vertreter der Arbeitgeber weigerten sich jedoch beharrlich, irgendein Angebot zu machen, verlangten vielmehr wesentliche Herabsetzung der Forderungen. Was unter wesentlich zu verstehen sei, sagten sie nicht, so daß es schließlich zwecklos war, weiter zu verhandeln. Durch die Schuld der Arbeitgeber sind die Verhandlungen im ersten Stadium gescheitert. Die Angestellten haben den Schlichtungsausschuss angerufen, während die Arbeitgeber versuchen, den Streitfall vor eine andere Schiedsstelle zu bringen. Da momentan die Geschäftslage im Baugewerbe gut ist, sind die Angestellten nicht bereit, die Angelegenheit verschleppen zu lassen. Angebote, die mit den heutigen Verhältnissen nicht in Einklang zu bringen sind, werden sie ablehnen.

Die kaufmännischen Angestellten des Glas- und Keramik-Großhandels nahmen zu dem Angebot der Unternehmer Stellung. Wille erklärte, daß es unter den obwaltenden Verhältnissen nicht möglich gewesen sei, mehr als zirka 20 bis 25 Proz. herauszuholen. Nach kurzer Diskussion wurde die Abmachung aufgegeben.

In die Gewerkschaftsmittelschule! Für die am Sonntag nachmittags 4 Uhr im Schauspielhaus stattfindende Vorstellung "Eichen Humbrecht", Schauspiel von Wagner, sind Eintrittskarten zu stark ermäßigten Preisen im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelstr. 25, Zimmer 15, zu haben.

Der Streik in der Bonner Fahrenfabrik in Bonn, über welchen wir kürzlich berichteten, ist beendet. Die neuen Löhne betragen: für Hilfsarbeiter 2,64 M. (14-jährige) bis 7,48 M. pro Stunde; Arbeiterinnen von 2,31 M. bis 4,72 M.; Maler, Zeichner und andere Handwerker 5,94 M. bis 8,69 M.; Stickerinnen 4,02 M. bis 6,27 M.; Maschinenführerinnen von 4,73 M. bis 7,43 M.; Näherinnen von 4,40 M. bis 5,06 M. Sämtliche Löhne sind Mindeststundenlöhne.

Ende des wilden Streiks in Dortmund. Die Arbeiter der Dortmunder Union haben Mittwoch nachmittag in sämtlichen Betrieben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

In der Obersteiner Metallindustrie sind die Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Bis zur Regelung der Lohnfreilichkeiten durch den Schlichtungsausschuss werden feinerlei Überstunden, Akkord- und Heimarbeiten gemacht.

Bei der Geleisenbahn Bergwerks-N. G. sind die Lokomotivführer und die Arbeiter der Hochspannungsanlagen in den Streik getreten, da die Forderung einer höheren Akkordprämienzulage abgelehnt wurde. Durch den Streik von etwa 1000 Mann werden weitere 3500 Arbeiter zum Feiern veranlaßt. Verhandlungen sind im Gange.

Der Textilarbeiterstreik in Cöln ist noch nicht beendet. Da jedoch die Unternehmer den Arbeitern neue Arbeitsbedingungen vorschlugen, die als annehmbar erklärt wurden, rechnet man damit, daß der Streik bald beendet sein wird.

Transportarbeiterverband. Brande Einflößer und Rosenbaten. Freitag 7 Uhr im Hotel von Müller, Stralauer Str. 3, Vertretungsmännerkung. — Handhilfsarbeiter und Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Damenwäsche, Schürzen, Unterrock, Weißwaren- und Leinwandhande. Sonnabend, nachm. 8 Uhr, im Hotel von Müller, Polstr. 29, Gewerkschaftsversammlung. — Chemischer Großhandel, Oels und Fett. Branchenversammlung Sonnabend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, Saal 4. Die Verhandlungen vor dem Demobilisationsschlichter.

Zentralverband der Angestellten. Gruppe Metall. Die für Freitag angelegte Funktionärerversammlung findet nicht statt.

Grüßler-Bedarbeiterverband. Planomechanikerarbeiter. Sonnabend 1/2 Uhr Andreaskirche, Andreaskir. 21, Branchenversammlung. Beschlusseckung über das Ergebnis der Verhandlungen.

UCC-Kongress! Falls Streik der Angestellten, Sitzung des Gesamtbetriebsrats Sonnabend 9 Uhr, Invalidenstraße.

Secundo, für den rehaft. Teil: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Stern 1 Verlag.

Zur Körperpflege verwende man bei zarter empfindlicher Haut und für Kinder nur die seit Jahren glänzend bewährte **Myrrholin-Seife** für Herren- und Damen-Bekleidung beste Fabr., gr. Auswahl, Verk. meterweise **Stoffe Koch & Seeland** G. m. b. H. Gertraudenstraße 20-21.

A. Wertheim

Im Wintergarten Leipziger Straße

Kakteen-Ausstellung

<h3 style="text-align: center;">Fische</h3> <p>Rotbarse ohne Kopf . Pfund 1 90 Rotzungen Pfund 2 90 Seelachs ohne Kopf im Ganzen . Pfund 2 90 Spiegel-Karpfen . . . Pfund 1 25 Leb. Hechte Pfund 12 M u. 13 M</p> <h3 style="text-align: center;">Räucherwaren</h3> <p>Schellfische Pfund 4 60 Bücklinge Pfund 6 50 Goldbarse Pfund 6 50 Flundern pommersche . Pfund 6 80 Lachsheringe große Stück 1 50</p> <h3 style="text-align: center;">Käse</h3> <p>Landkäse große . . . Stück 3 75 Liptauerkäse . . . Stück 2 25 Schichtkäse . . . Stück 6 90 Rahmkäse Stück 4 90 Harzerkäse Pfund 8 50 Quadratkäse . . . Pfund 12 M Tilsiterkäse Pfund 12 50 Goudakäse ään. . . Pfund 14 50</p>	<h3 style="text-align: center;">Frisches Fleisch</h3> <p>Hammel-Vorderfleisch Pfd. 9 M Hammelrücken Pfd. 10 M Hammelkeule ganz u. geteilt . Pfd. 11 M Suppenfleisch Pfd. 9 50 Schmorfleisch mit Knochen . Pfd. 11 M Roastbeef mit Knochen . . . Pfd. 11 M Gehacktes Rind- und Schweinefleisch Pfund 11 M</p> <h3 style="text-align: center;">Wild u. Geflügel</h3> <p>Krammetsvögel . Stück 1 80 Junghasen mit Fell . Stück 2 9 M Hasen große, mit Fell . Stück 5 6 M Hirschfleisch . . . Pfund 6 50 Gänse Pfund 12 50 14 50 Große Tauben . . Stück 7 50 Pflaumenmus Zucker-gesüßt Pfd. 5 20 Marmelade (Vierfrucht) Pfd. 5 20</p> <h3 style="text-align: center;">Winterkarioffeln</h3> <p>Spinat (frischer) . . . Pfund 70 Pf. Kohlrüben gelbe . . Pfund 55 Pf. Rotkohl Holländ. . . Pfund 90 Pf. Wirsingkohl . . . Pfund 95 Pf. Mohrrüben gewasch. Pfd. 80 Pf. Grünkohl Pfund 60 Pf. Sellerie-Knollen große Pfd. 2 60 Zwiebeln (Dauer-Ware) Pfd. 90 Pf. Blumenkohl . Kopf 1 30 bis 3 80 Märk. Rübchen . Pfund 60 Pf. Grünlinge Pfund 3 50 Kochblirnen große . Pfund 1 30 Quitten Pfund 1 30</p>	<h3 style="text-align: center;">Wein</h3> <p>Apfelwein-Auslese 5 40 1919 Gaubickelhelm. 12 40 Rheinwein 16 M 1919 Winchering. Mosel 16 M 1919 Nittel. Giffel Mosel 18 M 1919 Hackenheimer 18 80 Galgenberg Rheinwein . 21 80 1919 Alsheimer Goldberg Rheinw. 21 80 1919 Bechthelmer 23 50 Geiersberg Rheinwein . . 27 M 1917 Wachenheimer Riesling Rheinw. 27 M Wachstum J. Rech . . . Franz. Rotwein 15 80 1919 Montagne 22 M 1918 Chät. St. Georg. 22 M Bordeaux 24 50 1917 Priorato schwer span. Rotwein 24 50 1917 Chät. Ferrand 29 50 Bordeaux 29 50</p> <h3 style="text-align: center;">Wurstwaren</h3> <p>Rot- u. Zwiebelw. Pfd. 14 M Sülzwurst Pfund 17 M Landleberwurst Pfund 17 M Pastetenleberw. Pfd. 18 M Jagdwurst Pfund 21 M Mettwurst grobe . . Pfund 24 M</p> <h3 style="text-align: center;">Magerer Speck</h3> <p>Ripp-schneide Pfund 17 M Schinkenspeck Pfund 17 M</p> <h3 style="text-align: center;">Frische Blut- u. Leberwurst Pfd. 14 M</h3>
---	--	---

Margarine (feine) 1 Pfd.-Paket **13 80**

Speisefett Pfund **15 M**

In Erfrischungsraum **Streuselkuchen 7 50**

Wahlreden im Rathaus.

Die Deckung der Lohnerhöhungen und Gehaltszuschläge genehmigt.

In der gestrigen Stadivorderordneten-Sitzung, der letzten vor den am Sonntag stattfindenden Neuwahlen, konnte man glauben, in einer Wählerversammlung zu sein. Zur Deckung der schon beschlossenen Lohnerhöhungen und Gehaltszuschläge mußten neue Lasten auferlegt werden, die gewiß nicht gering, aber unvermeidlich sind. Für verantwortungslose Leute war das wieder mal eine Gelegenheit, sich in dem Glorienschein der angeblich „wahren Volksfreunde“ zu zeigen. Die Kommunisten erklärten, daß sie selbstverständlich alles ablehnen würden, und das taten sie dann auch. Die Unabhängigen suchten den Schein zu retten und brachten ein paar Anträge ein, durch die von den Forderungen des Magistrats etwas abgehandelt werden sollte. Aber dieser Weg war unmöglich im Hinblick auf die Erklärungen des Kämmers, der auf volle Deckung der bewilligten Ausgaben bestehen mußte. Beachtung verdient der Hinweis des Kämmers auf den unheilvollen Einfluß des Krieges, der die Finanzen aller deutschen Gemeinden in Unordnung gebracht hat, weil die von ihnen für das Reich „ausgelegten“ Kriegsausgaben — in Berlin betragen sie über eine halbe Milliarde! — bisher nicht erstattet worden sind. Unser Genosse Schuldt hielt keine Wahlrede, legte kurz die bittere Notwendigkeit dar, die neuen Lasten zu genehmigen, und sprach die Erwartung aus, daß der Magistrat die Vorschläge der Betriebsräte zur Verbesserung der Produktion prüfen wird. — Den Schluß der Sitzung bildete eine der üblichen Geschäftsordnungsdebatten. In ihr wurde festgestellt, daß die Kommunisten ein paar von ihnen selber eingebrachte Anträge über Arbeiterlöhne nach „Rabenermanier“ behandelt hätten. Dem Ausschuß, in dem darüber beraten werden sollte, waren sie — ferngeblieben.

Sitzungsbericht.

Die heutige Sitzung ist ausnahmsweise auf 4 Uhr pünktlich einberufen. Um diese Zeit sind im Saale drei Mitglieder anwesend; die Präsidialstraße ist leer. — Als einziger Gegenstand steht auf der Tagesordnung die Berichterstattung des Ausschusses zur Vorbereitung der auf eine weitergehende Erhöhung der Arbeiterlöhne usw. gestellten Anträge und der Deckungsfrage. Einem besonderen Erlaß des Magistrats entsprechend ist in der Einladung darauf hingewiesen, daß die heutige Versammlung unter allen Umständen beschlußfähig ist.

Der Ausschußbericht zur Deckungsfrage geht dahin, der Erhöhung des Gaspreises auf 1,75 M., des Wasserpreises auf 1 M. und der nachträglichen Erhöhung der Gewerbesteuer auf je 300, 500 750 und 1000 Proz. der staatlichen Veranlagung in den Klassen IV—I zuzustimmen; ferner soll ab 1. Oktober der Elektrizitätspreis nach Tarif I und IV von 1,60 M. auf 1,80 M. für die Kilowattstunde, nach Tarif III von 3 auf 3,50 M. heraufgesetzt werden. Entsprechende Erhöhungen soll der Haushaltarif II erfahren.

Vorsitzer Dr. Wenig gedenkt des

hundertsten Geburtstages von Rudolf Virchow, der 1859 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde und ihr bis zu seinem Tode angehört hat. Virchow sei ein ausgezeichnete Berliner Stadtverordneter, aber auch als Arzt, Hygieniker und Menschenfreund ein Wohltäter der ganzen Menschheit gewesen. Seine Verdienste um die Berggesundheitslehre Berlins ständen in vorderster Reihe. Es sei eine Pflicht der Dankbarkeit und der Ehrfurcht vor den Namen Virchows, ihm heute diese Worte der Erinnerung zu widmen. (Lebhafte Beifall.)

Zur Geschäftsordnung erklärt v. Cynern (D. Sp.), daß er mit der Ehrung durchaus einverstanden sei, daß es aber dem guten Brauch entspreche, wenn sich der Vorsitzende erst zum Interpretieren solcher Gefühle mache, nachdem er mit den Fraktionen Rücksprache genommen. (Lärm links.) Dann wäre auch des furchtbaren Ereignisses zu gedenken, das uns drohend bevorsteht, des Verlustes eines Teils von Obersachsen. (Neuer Lärm links.) — Heilmann (Soz.) findet diesen Einbruch völlig unverständlich und bei der Bedeutung eines Virchow gänzlich überflüssig. Man habe oft an der Geschäftsführung Kritik üben müssen; aber heute sei er des allgemeinen Beifalles gewiß.

Cassel (Dem.) stellt sich über ein Menschenalter erstreckenden parlamentarischen Erfahrung fest, daß der Vorsitzende nur innerhalb seiner Befugnisse gehandelt hat; er hofft, daß man sich durch den Einbruch des Herrn v. Cynern das Andenken an Virchow nicht verflümmern lassen wird. — Dr. Wenig: Nach den Worten der Kollegen Heilmann und Cassel wird mir wohl eine Erweiterung auf Herrn v. Cynern erlassen. — Hierauf richtet

Stadtv. Cassel an die Versammlung, aus der er nach 34jährigem Wirken mit den Neuwahlen ausscheidet, ein kurzes Wort des Abschieds. Er gedenkt seiner kommunalpolitischen Tätigkeit, bittet, ihm ein freundliches Andenken zu bewahren, und schließt mit dem Wunsch, daß ferner mit Kraft und Ausdauer an dem Wohl des von ihm mit geschaffenen Groß-Berlin gearbeitet werden möge. — Der Vorsitzende erwidert mit einem Dank für diese freundlichen Worte und wünscht im Namen der Bürgerschaft Berlins seinem Ehrenbürger einen langen, schmerzlosen, von Stichtum freien Lebensabend.

Vor der Tagesordnung legt Dörr (Komm.) Protest dagegen ein, daß die heutige Versammlung in der Einladung als unbedingt beschlußfähig bezeichnet ist. Davon sei gar keine Rede. Die Deckungsfrage sei bisher überhaupt noch nicht zur Verhandlung gekommen. — In der anschließenden Erörterung stellen sich Hirsch (Soz.) und Dörr (Dem.) auf die Seite des Magistrats.

Ein dringliche Anträge der U. Soz. betr. die Bewahrung der städtischen Parks und Wälder vor weiterer Verschandelung infolge mangelnder Pflege geht an den Magistrat.

Eine dringliche Vorlage des Magistrats betr. den Verkauf verschiedener Häuser geht an einen Ausschuß; eine weitere Magistratsvorlage, die eine ausdrückliche Befestigung des Beschlusses erbittet, wonach die Beherbergungssteuer auf 15 Proz. erhöht werden soll, wird nach längerer Aussprache zum Beschluß erhoben.

Hierauf tritt die Versammlung nach 5 Uhr endlich in die Tagesordnung ein.

Die Deckungsfrage.

Fabian (Anal.) teilt mit, daß seine Fraktion, wenn auch schweren Herzens, dem Ausschusse zustimmt, wenn ihre auf Reorganisation der Werke usw. gerichteten Anträge angenommen werden. Dr. Hirsch (U. Soz.) tritt in breiter Ausführlichkeit für eine Anzahl von seiner Partei eingebrachten Änderungsanträge ein, wonach der Gaspreis nur auf 1,65 M. erhöht werden und diese Erhöhung nur bis zum 1. Dezember gelten soll; der Preis für Elektrizität nach Tarif III soll 8,75 M. betragen. Außerdem soll der Magistrat in Verbindung mit den Betriebsräten deren Vorschläge wegen Verbesserung der Produktivität der städtischen Werke alsbald einer

Prüfung unterwerfen. — Später läuft noch ein Antrag von der gleichen Seite ein, den Erwerbslosen und Renteneämpfenden von dem Gaspreise im Falle der Annahme der Anträge der U. Soz. 0,15, im Falle der Annahme des Magistratsvorschlages 0,25 M. pro Kubikmeter zu erlassen.

Schuldt (Soz.) will keine Wahlrede halten, sondern beschränkt sich auf die kurze Erklärung, daß die Fraktion die Ausschussanträge,

so schwer es ihr werde,

annehmen müsse. Der neue Vorschlag der U. Soz., jetzt nur 15 Pf. mehr für das Kubikmeter Gas zu bewilligen, sei doch durchsichtigste Wahltranche (lärmender Widerspruch bei den U. Soz.). Die Werke müßten den auf sie entfallenden Anteil an den Mehrausgaben auch selbst aufbringen. Man erwarte aber auch, daß die Vorschläge der Betriebsräte eingehend geprüft und die davon zu erwartenden Ueberschüsse auch wirklich erzielt würden.

Der Kämmers bittet, alle Änderungsanträge abzulehnen. Die Ersparnis von je 10 Pf. pro Monat am Gaspreise bedeute für die Stadt einen Ausfall von drei Millionen und eine entsprechende Steigerung des immer noch sehr real vorhandenen, aber in der Erörterung fast ganz verschollenen Defizits. Verbesserungen des Betriebes könnten sich nicht binnen wenigen Wochen auswirken. Seit über einem halben Jahre kämpfe der Magistrat um die Verringerung des überflüssigen Personals auf den Gaswerken; der Träger des Widerstandes seien die Betriebsräte. (Stürmischer

Große öffentliche Wählerversammlungen mit dem Thema: „Vor der Entscheidung“!

Heute, Freitag, den 14. Oktober:

1. Kreis Mitte: 7 Uhr Prachstraße Alt-Berlin, Blumenstr. 10. Referent: Will Sieling, M. d. L.
1. Kreis Mitte: 7 Uhr Vorussia-Säle, Adlerstr. 6/7. Referent: Felix Brodal, Stadtverordneter.
2. Kreis Tiergarten: 7 Uhr Arminius-Hallen, Bremer Str. 73. Referent: Ernst Hellmann, M. d. L.
3. Kreis Wedding: 7 Uhr Söllner-Lyceum, Pank. Ecke Böttcherstr. Referent: Hermann Lüdemann, Finanzminister a. D.
4. Kreis Prenzlauer Tor: 7 Uhr Schulaula, Schönhafer Straße 7. Referent: Landtagspräsident Celnert.
5. Kreis Friedrichshain: 7 Uhr Andreas-Festhalle, Andreasstr. 21. Referent: Karl Seering, Minister des Innern a. D.
6. Kreis Hallesches Tor: 7 Uhr Paganhofer-Brauerei, Fidicinstraße 2/3. Referent: Heinrich Bahle, M. d. L.
8. Kreis Spandau: 7 1/2 Uhr Restaurant Müller, Wdamsstr. 11. Referent: Conrad Haenisch, M. d. L.
8. Kreis Staaken: 8 Uhr im Lokal Hornemann. Referent: Kurt Kiehmhorn.
8. Kreis Hagenhorst: 7 1/2 Uhr im Waldschlößchen, Joh. Bortel. Referent: Stadtverordneter Müllinger.
9. Kreis Wilmersdorf: 7 1/2 Uhr Viktoria-Luise-Schule, Uhländstr. Ecke Gasteinerstr. Referent: Hermann Müller.
9. Kreis Grunewald: 7 1/2 Uhr Wählerinnen-Versammlung im Restaurant Hubertusbader Str. 8. Referentin: Frau Dr. Wegscheider-Ziegler, M. d. L.
10. Kreis Wannsee: 7 1/2 Uhr im Reichsadler, Königsstr. 26. Referent: Paul Hirsch, Ministerpräsident a. D. Thema: „Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen und Zweck, Vorteile und Notwendigkeit der Zusammenfassung der Vorortgemeinden Berlins.“
11. Kreis Schöneberg: 7 Uhr Uhländerschule, Kolonnenstr. 22/23. Referent: Joh. Haj, Stadtverordneter.
11. Kreis Schöneberg: 7 Uhr Chamisso-Schule, Barbarossa-Platz. Referent: Stadtrat Otto Frank.
11. Kreis Friedenau: 7 Uhr Friedenauer Rathaus am Lauter-Platz. Referent: Wermuth, Bürgermeister.
12. Kreis Cantowitz: 8 Uhr Aula des Realgymnasiums, Kaufbachstraße. Thema: „Lüge und Wahrheit im Kampf um Groß-Berlin.“ Referent: Dr. Ostrowski, Stadtverordneter.
13. Kreis Tempelhof: 7 1/2 Uhr im Gymnasium, Germaniastraße. Referent: Hermann Müller.
13. Kreis Mariendorf: 7 1/2 Uhr Aula des Realgymnasiums, Kaiserstraße. Referent: Hugo Heilmann.
13. Kreis Lichterfelde: 7 1/2 Uhr bei Rohrmann, Waldrestaurant, Hlperstraße. Referent: Hermann Lüdemann, Finanzminister a. D.
14. Kreis Neuloh: 7 Uhr im Schultheiß-Ausschank, Hasenheide 35 (Wintergarten). Referent: Otto Braun, Landwirtschaftsminister a. D.
14. Kreis Rudow: 8 Uhr bei Heineke, Rudower Str. Referent: J. Altmaler.
15. Kreis Treptow: im Viktoriagarten, am Treptower Park. Referent: Johannes Haj, Stadtverordneter.
15. Kreis Niederschönhausen: 7 1/2 Uhr Restaurant Corceli, Berliner Straße 101. Referent: Lechter Kreuzhäger.
15. Kreis Johannisthal: 7 1/2 Uhr Lokal Senffleben, Friederichstr. 48. Referent: Dr. Cohnmann, Stadtverordneter.
16. Kreis Oranien: 8 Uhr im Jägerhaus, Joh. Erhardt, Bahnhofstraße 1. Referent: Th. Fischer.
17. Kreis Lichterfelde: 7 1/2 Uhr Schulaula, Märkstr. 10. Referent: Nikolaus Offeroth, M. d. L.
17. Kreis Friedrichsfelde: im Restaurant Cindrapark, Wilhelmstr. Referent: Robert Bremer.
17. Kreis Kaulsdorf: 7 1/2 Uhr Turnhalle, Adolfsstr. 25. Referent: Bürgermeister Karl Bauer.
17. Kreis Biesdorf: 7 1/2 Uhr bei Porath, Märzahner Straße 31. Referent: Erwin Marquard.
17. Kreis Mahlsdorf: 8 Uhr bei Anders, Bahnhofstr. Referentin: Frau Elfriede Rnied, M. d. L.
18. Kreis Wakensee: 7 Uhr im Abrechtshof, Parkstr. 16. Referent: Dr. M. Bendiner, M. d. L.
18. Kreis Banow: bei Lindner, Breite Str. Referent: Erich Kuttner, M. d. L.
19. Kreis Niederschönhausen: 7 1/2 Uhr Aula des Lyceums, Kaiser-Wilhelm-Straße. Referent: Dr. Walter Jochim.
19. Kreis Blankenburg: 7 1/2 Uhr bei Klug, Dorffstr. Referent: Heinrich Bierbacher.
19. Kreis Buch: 8 Uhr bei Lange, am Bahnhof. Referent: Stadtrat Eugen Brüdner.
19. Kreis Buchholz: 7 1/2 Uhr bei Kachne, Berliner Straße 39. Referent: Dr. Jochim.
20. Kreis Wittenau: 7 1/2 Uhr Restaurant Zur Wartburg (Jnh. Schul). Oranienburger Str. 89. Referent: Staatssekretär Gerschlager, M. d. L.
20. Kreis Tegel: 7 1/2 Uhr im Strandschloß am See. Referent: Stadtrat Wuchta.
20. Kreis Reinickendorf-Ost: 7 1/2 Uhr im Kastanienwäldchen (Jnh. Remlow), Schönholz. Referent: Franz Krüger, M. d. L.

Widerspruch auf der äußersten Linken.) Erst vor ein paar Wochen hätten sie dem Abbau unter Gewährung von Abhebergeldern zugestimmt. Die Werke seien vielleicht noch nicht genug herangezogen; jedenfalls habe das Reichsarbeitsministerium der Stadt erklärt, daß es sich eventuell der Erhöhung der Gewerbesteuer aus diesem Grunde widersetzen werde. (Hört, hört!) Auch die Straßenbahntarife müßten erhöht werden, wenn sich die Hoffnung, daß sie für die ermachtenden Mehrausgaben in sich Deckung liefern, als trügerisch erweisen sollte.

Dörr (Komm.) lehnt in etwa einstündiger Rede alle Anträge und die Deckungsvorschläge überhaupt ab. Ein Gaspreis von 1,75 Mark bedeute das 14fache des Friedenspreises. Die Vorschläge der Betriebsräte seien auch bei den Gaswerken nicht beachtet worden. Die Finanzmisere Berlins hätte ihren heutigen Umfang nicht annehmen können, wenn das Reich seiner Erstattungspflicht nachgekommen wäre. Die Stadt müsse kräftig den Bock besteuern. (Die Rede Dörrs wird in ihrem zweiten Teil von der Rechten mit wachsender Unruhe und mit dem bekannten „Rhabarber“-Gemurmel unterbrochen, ein Benehmen, das von links durch einen Ruf als „Fogel-halt“, vom Redner selbst als „findisch“ bezeichnet wird.)

Der Kämmers bestätigt, daß das Reich der Stadt noch über eine halbe Milliarde schuldet; die Stadt dürfe dafür Anleihen aufnehmen, die das Reich verzins, aber die traurige Kreditlage lassen eben die Aufnahme solcher Anleihen nicht zu. Was die Berliner Finanzen, die an sich nicht so schlecht seien, zerrütze, sei die Politik der Ausgaben ohne Deckung.

Es geht ein Schlußantrag ein, der auf den Widerspruch des Wirtschaftsvereiners Müller-Franken stößt, aber gegen U. Soz. und Kommunisten angenommen wird.

Zur Annahme gelangt hierauf ein Antrag, wonach die Zustimmung unter der Voraussetzung erfolgen soll, daß die auf die Straßenbahn entfallenden Mehrbelastungen auch von ihr getragen werden, daß die Werke mit eigenen Einnahmen auch in Zukunft die Mehrausgaben zu tragen haben, daß die Deckung der verbleibenden 29 Millionen durch Hebung der Wirtschaftlichkeit der Werke erfolgen soll, daß das überzählige Personal unter den mit den Lohnverträgen vereinbarten Bedingungen verringert und der Gewährung eines Abhebergeldes zugestimmt wird, daß endlich baldmöglichst eine Vorlage zur weiteren Silllegung unwirtschaftlicher städtischer Werke

der Versammlung zugeht.

Die Annahme des Antrags erfolgt mit großer Mehrheit; mit diesen Voraussetzungen wird der Ausschussantrag in allen Teilen angenommen, der Wasserarif von 1 M. durch Auszahlung mit 73 gegen 36 Stimmen. Die anderen Anträge werden abgelehnt. Ueber die Frage, ob über einige weitergehende Anträge der Kommunisten auf Lohnerhöhungen auch noch beraten und beschlossene werden kann, entzieht zuletzt noch eine ausgedehnte und sehr erregte Geschäftsordnungsdebatte. Man verweist schließlich diese Anträge an den Ausschuß zurück. — Schluß nach 8 Uhr.

Jugend zur Wahlhilfe heraus!

Am Sonntag ist Wahltag. Er bringt die Entscheidung über die künftige Zusammenfassung des Berliner Stadtparlamentes. Von ihr hängt auch unsere Zukunft und das Wohlergehen der gesamten werktätigen Jugend ab.

Wir Jungen können unsere Stimmen für die Echaltung der sozialistischen Mehrheit noch nicht in die Waagschale werfen; wir können aber trotzdem helfen, den Sieg an die Fahnen der sozialistischen Parteien zu heften, indem wir am Sonntag Wahlarbeiten übernehmen.

Wir haben vor uns selbst die Pflicht, diesen Dienst mit allen Kräften zu erfüllen. Für alle unsere Mitglieder heißt es darum am Sonntag:

Wir leisten Wahlhilfe!

Alle Jugendgenossen und -genossen meiden sich Sonntag früh 7 1/2 Uhr in den Zentralschulbüros der SPD. oder an den von den Abteilungen festgesetzten Treffpunkten.

Keiner darf fehlen!

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Was die Bürgerlichen verschuldeten.

Unternehmerprofit und Kommunalisierung.

Schon oft wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Bürgerlichen zwar fortwährend von der „Mikrowirtschaft“ des sozialistischen Berlin reden, selbst aber die größte Mikrowirtschaft getrieben haben und zum Teil noch treiben. Der bürgerlich beherrschte Bezirk Wilmersdorf ist nur ein Beispiel. Aber auch Alt-Berlin kann sich sehen lassen. Unter der bürgerlichen Herrschaft blühte besonders das

Generalpächter- und Generalmieternwesen.

Der städtische Grundbesitz wurde zu Schleuderpreisen an die Generalunternehmer vermietet oder verpachtet, die dann Untermieter einsetzten, an denen sie verdienten. So erhielt die Stadt z. B. für ein Haus in Roabit 4000 M. Miets, während der Generalmieter 12 000 M. von den Untermietern vereinbarte. Ein großes Grundstück an der Schulstraße war für 1800 M. vermietet; der Mieter betrieb darauf ein Fuhrgeschäft mit 12 Pferden, eine Kistenfabrik und Kistenhandlung, zahlte dafür aber in Wirklichkeit nur 100 M. pro Jahr, denn für 1700 M. hatte er den größten Teil an einen Steinmetzmeister weiter vermietet, der auch nicht alles für sein Geschäft brauchte, sondern wiederum an einen Stellmachermeister und einen Schmiedemeister abvermietete, die ihm zusammen 1800 M. zahlten, so daß er noch 100 M. profitierte. Nach Ablauf dieser skandalösen Verträge schloß der sozialistische Dezernent Einzelverträge ab, die der Stadt 9000 M. Jahresmiete bringen. Ähnlich lag es in der ganzen Grundstücksverwertung unter bürgerlicher Herrschaft. Und in anderen Verwaltungszweigen war es nicht viel besser. So wird z. B. auf den städtischen Gütern Gemüse gebaut. Bei den städtischen Betrieben mit eigener Küchenverwaltung, Krankenhäusern usw., wird Gemüse gebraucht. Anstatt das Gemüse nun von den Gütern direkt an diese Betriebe zu liefern und den Betrag zu verrechnen, verkaufen die Güter das Gemüse an einen Kommissionär, und von diesem kaufen es die Küchenverwaltungen zurück. Diese schöne bürgerliche Einrichtung besteht noch, weil der Kommissionär einen langen Vertrag hat. Es ist immer von den Bürgerlichen darauf gehalten worden, daß die Privatunternehmer

ordenlich an der Stadt verdienen.

Daher auch die Feindschaft gegen Kommunalisierung und gegen Einrichtungen, die den Profit der Unternehmer schmälern, wie z. B. das Anschaffungsamt. Daß die städtischen Werke, Osthafen, Straßenbahn usw., das Ziel fortgesetzter Angriffe der Bürgerlichen bilden, ist bekannt. Dabei sind aber die Miß-

Theater, Umdrucke usw.

Opernhaus
Cosi fan tutte
7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
Torquato Tasso
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr: Kenn
Sonnt. 7 1/2 Uhr: Kenn

Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof
So. 8 U.: Der Hühnerhof

Gr. Schauspielh.
(Karlstr.)
7 Uhr: Die Räuber
So. 7 Uhr: Die Räuber

**Theater in der
Königgrätzer Str.**
7.30 U.: Die Fahrt
ins Blaue

(Ollmer, Richard, Engl.
Prückl, Stieda, Bilal)
Morgen zum 1. Male:
Manon Lescaut
Schausp. v. Carl Sternheim
(Orska, Janssen, Riemann,
Bildt, Brandt, Bernburg,
Ficha, Rehkopf, v. Twardowski, Klupp)

Komödienhaus
Täglich 8 Uhr:
Der burleske Schwank
Jonnys
Busenfreund
Hans Waßmann
Arnold Rieck

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Art. Roberts
Pepl Zampa, Kiper

Central-Theater
8 Uhr: Die Postmeisterin
Deutsches Opernhaus
7 1/2 U.: Die toten Augen
Friedr. Wilhelmstadt. Th.
8 Uhr: American Girl
Intimes Theater
8 U.: Die Spelunke / Laut
doch nicht immer nackt
herum
Kleines Schauspielhaus
7 1/2 U.: Kiki (Lustsp.)
Lustspielhaus
8 Uhr: Die Schauspieler
Metropol-Theater
7 1/2 U.: Die Straßensängerin
Neues Operntheater
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Theater am Zoo
7 Uhr: Das Ewig-Männliche
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Jugendfreunde
Schiller-Th. Charlottenb.
8 U.: Richter v. Zalamea
Schloßpark-Th. Steglitz
7 1/2 U.: Alles um Geld
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Schim Dsch. Lotte
Theat. a. Nollendorferplatz
8 Uhr: Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 U.: Braut d. Lucullus
Th. d. Kommandantenstr.
(Jüd. Künstler-Theater)
8 Uhr: Newelle
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Nixchen
Volkstheater. Wallhalla-Th.
8 Uhr: Glocken v. Corneville

Residenz Theater
Täglich 8 Uhr
Der König i. Paris
Oskar-Linburg, Kaiser-Titz,
Else Wassa, Eugen Rex,
Richard Semins, Lotte Dewis
Sonntag 4 U. kleine Preise:
Evychen Humbrecht

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Fräul. Joseette
— meine Frau
Eugen Burg, Carola Toelle
Falkenstein, Hans Albers
Sonntag 4 U. kleine Preise:
Casanovas Sohn

Trianon-Theater
Heute 7 Uhr:
zum ersten Male!
Mein Freund Teddy
Arnold Korti, Lotte Klinder
W. Bendow, Gls. Schneider-
Nissen, Fr. Schönemann
F. W. Kaiser, E. Kamelek

Admirals-Palast
7 1/2 U.: Die roten Schuhe

Reichshallen-Th
Stettiner
Sänger
Abds. 7 1/2 U.
Stg. nachm. 1/2
Nehm. 1/2 Pr.
Variete-
hoff - Brecht.

Volkshühne
Theater am Bülowplatz
7 1/2 U.: Masse Mensch

Lessing-Theater
Heute u. folg. Tage 7 1/2 U.
Die Spielereien
einer Kaiserin
Durieux, Stelarück
Sternberg

Deutsches Künstler-Th.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 Uhr:
Das Glück der
kleinen Leute

Komische
Oper 7 1/2
Direkt.: James Klein
Allabendlich
Der
Herr der
Welt!
Große Ausstattungs-
Operettenrevue
in 8 Bildern
in Szene gesetzt von
Direkt. James Klein
Worte von
Karl Bretschneider
Musik v. Karl Hajos
Hauptdarsteller:
Max Landa
Bruno Kastner
Sascha Gura
Franz Groß
Wih. Hartstein
Paul Westermeyer
Lotte Werkmeister
Albert Paullig
Heria Richter
Erna Alberti
Georges Blauvalet
Alfons Martini
Erich Darfel
Vorverkauf ab 10 Uhr
ununterbroch. geöfnt.

Folies Caprice
Linienstr. 122,
am Oranienburger Tor
Täglich 8 Uhr:
Nanons Debut
Posse mit Gesang von
L. Leonhard
mit Pers. Gräneckner
Tel.: Norden 8650

Casino-Theater
Lothringer Str. 27
Täglich 7 1/2 Uhr:
Nur noch kurze Zeit
der Posten-Schlager
Exzellenz Maxe
Volksmäßige Preise.
Sonnt. 3 1/2 Pantoffelhd

APOLLO
THEATER
8 Uhr 8 Uhr
Unter allabendlicher
Leitung d. Komponisten
Paul Linke
Frau Luna
Große Ausstattungs-
oprette
Oscar Sabo a. d.
Else Berner
Fritzi Arco
Martin Kettner
Fritz Steidl
Orig. Grigolatis
Luftballett
Tageskasse un-
unterbr. geöfnt.

Humboldt-Theater
Badstraße 19
Freitag, den 14., bis 17. Oktober:
Jüdische Rache
5 Akte mit
Edith Meller, Harry Liedtke
Dazu
Leo Peukert
in
Leo und seine Kammerjungfer
Lustspiel in 2 Akten
Auf der Bühne:
Kurt Speyer
Relay Duo
Dienstag, den 18., bis 20. Oktober:
Söhne der Nacht
II Teil: Die Macht der Liebe
Anfang 8 Uhr

Zeig' mir mal dein Muttermal
Der Schlager

„American-Girl“
Friedrich-Wilhelms-Theater
Täglich 8 Uhr. Täglich 8 Uhr

Passage-Theater
Unter den Linden 25-23
Dir.: M. Soliman
2 Uraufführungen 2
Marodeure
der Großstadt
Bericht, Hochspiel!
Sensationsdramat
in 5 Akten
Inszeniert:
Maria Ley, Isa Marsen
Paul Richter
Der schwarze
Bräutigam
Operette in 2 Akten
Sopranistin:
Karl Viktor Plagge

WINTERGARTEN
Reines
Variete-Programm!
Raschen gestattet!

Theat. a. Kottbuser Tor
Tel. Westpol. 18077
Edel. 7 1/2 Uhr mit
Sonnt. nachm. 9 U.
— 10 Prozent —
Bist! Kommt!
Sam. halbe Preise
Soß. 11-1 1/2 u. 4-6

TAUENTZHEN
VARIETE
TAUENTZHEN
PALAS
Das sensationelle
Oktober-Variete-
Programm!
Beginn 8 Uhr.

Circus Busch
Tgl. 7 1/2, Sonnt. auch 4 U.
Der Sonntag
naht!
Lösen Sie Ihre Ein-
trittskarten im Vor-
verkauf, 2. Nachm.
3 Uhr ein Kind frei

L.T.L.
Luise-Theater
Lichtspiele
34 Reichenberger Str. 34
Der müde Tod
Fr. Dagover ersch. pers.
m. Lil Dagover, Janssen,
Winterstein, Mithel
Die gold. Spinne
mit Wih. Hartstein
Ant. 6 U., Sonnt. 1/2 U.
Neues gr. Orchester
unt. Leitung d. bekannt.
Kapellmeisters Rivelli
Mittw. u. Sonnt. 1/2 U.
Kindervorstellung

großer, billiger Verkauf
Anzüge
weiß unter
heutigem Ein-
taufspreis
zu verkaufen.

**m. 700, 800,
900, 1000**
und höher

Schlüpfer
beste Qualitäten,
neue Farben

**Heberzieher,
Hebergangs-
schlüpfer**
m. 700, 800,
900, 1000
1100
und höher

**Hosen,
Westen**
allerbilligste Preise

Kurt Groß
Friedrichstr. 118. I.
a. Oranienburger Tor

BK & Co **Kottbuser Damm 69** **BK & Co**
100 Meter vom Hermannplatz
vom 13. Oktober 1921
eröffnet!

Billige Arbeiter- u. Berufskleidung

Feldgraue Hosen, vorzügliche Qualität,
Zivilschnitt von M. 98 an
Monteur- und Drehanzüge,
größte Auswahl, nur in schwersten
Qual., Leinen, vorzügliche Ver-
arbeitung 77⁵⁰ bis 98.—
Gummipelerinen, unverwüstlich M. 48.—
Lederwesten von M. 110.— an
Amerikan. und englische
Uniformen M. 110.— bis 125.—
Wickelgamaschen M. 10.—

Schwarz gefärbte Mäntel,
Militärmäntel M. 65.—
Ferner: Reithosen, Cordhosen usw.

Wäsche
Unterhosen von M. 3⁵⁰ an

Schuhwaren
Militärschnürschuhe, Schaffstiefel, so-
wie verschiedene andere Sorten äußerst
preiswert, vorzügl. Qual. von M. 85.— an

Größte Auswahl in Strümpfen und Trikotagen!

Unsere Waren sind konkurrenzlos billig,
denn sie stammen noch zum größten Teil
aus deutschen, englischen u. amerikanischen
Heeresbeständen!

B. Kaufmann & Co. G.m.b.H.

BK & Co **BK & Co**

1. Köpenicker Str. 145
3. Hof, im Fabrikgebäude
2. Chausseestraße 76
3. Schönhaus. Allee 47
4. Kottbuser Damm 69

Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!

Karl Liebkecht
Reden und Aufsätze

Aus dem Inhalte:
Der Kampf für die Jugend / Gegen den Militarismus / Gegen
den Reformismus / Gegen den Krieg / Gegen die offizielle
deutsche Partei / Um das proletarische Klassenbewußtsein
Gegen die preußische Klassenjustiz und Verwaltungswillkür
Für die russische Revolution / Für die deutsche Revolution

374 Seiten

Preis: In Leinen gebunden M. 30.—
Pappband M. 20.—
Organisationspreis . M. 15.—

Bestellungen sind zu richten an
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley
Hamburg 11 2850b*

25 M.
wöchentliche
Teilzahlung
**Herren-
Anzüge**
und Ulster
in nur gedieg. Aus-
führungen a. Stoffen,
solange Vorrat reicht,
zu billigen Preisen
Gebr.
Kassner
Billowstr. 6 a. Nollendorferplatz

**Eiserne &
Transportkachel-
ÖFEN**
SEMMLER & BLEYBERG
A. O.
Dresdenerstr. 60
BERLIN S. 14

Admirals-Palast
Jeden Sonntag 8 1/2 Uhr:
Nachmittags - Vorstellung
bei kleinen Preisen
Die roten Schuhe

B.T.L.
Potsdamer Str. 38
Turmstr. 12
Pola Negri
im Drama
Sappho
Alexanderpl.-Pass.
Die kleine Dagmar
Friedenau, Rheinstr. 14
D. Silberkönig
II Teil:
Der Mann der Tat

Pfandscheine
Brillanten, Gold
Silber (Bruch) Platin
Zahngelisse
Zahn 10 bis 150 Mark
Prismen - Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln von ausländischen
Gold- und Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Ankauf **Platin** Ankauf
Gold-, Silberbruch, Brillanten
Zahngelisse auch zer-
brochene. Münzen samm-
lungen.
Eigene Schmelze, Direkte Verwertung. Höchstpreise.
Heinrich Trapp
Handelsgerichtl. eingetr. Firma
Bentzenstraße 10, am Spittelmarkt.
Verkauf von tugendlichen Trauringen zu Fabrik-
preisen.
Telephon: Zentrum 1576.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73 a, 5 Min. vom Bahnhof Frankfurter Allee

empfeht zu bekannt billigen
Preisen bei solider Ausführung

Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und besseren Genres
Küchen farbig und naturfarbig
in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern

Brillanten, Juwelen
kauf auch ganze Nachlässe
besonders große Posten
gute Ware, zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantenschleifer!
Geogr. 1892, 160 Friedrichstr. 160

